



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

10. Jahrgang
Nr. 132 Nov./3 2024

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Hat der Bürgerkrieg bereits begonnen?

13. November 2024

Noch werden auf Seiten der Immigrierten nur Messer eingesetzt, aufgerüstet wird bislang nur die Polizei, und von der Armee ist auf unseren Strassen noch nichts zu sehen. «Krieg» im landläufigen Wortsinn haben wir also noch nicht in Deutschland.

Von M. SATTLER

Die Sorge vor einem Bürgerkrieg zwischen Immigrierten und Indigenen als Ergebnis der Umvolkungspolitik zählt für viele Menschen zu den Hauptgründen ihres politischen Engagements: «Mord und Totschlag», wie schon Helmut Schmidt infolge der Massenansiedlung von kulturfremden Ausländern befürchtete, sollen verhindert werden. Die Bundesrepublik Deutschland soll nicht zum Libanon Europas und auch nicht zu einem Jugoslawien 2.0 werden.

Gerade das Beispiel des Libanons, einst die «Schweiz des Orients», sollte uns allen eine Mahnung sein, dass auch das angeblich so wohlhabende und scheinbar zivilisierte Deutschland nicht gefeit ist gegen die brutale Zerstörungskraft interethnischer Spannungen. Diese Spannungen nehmen in unserem heutigen Vielvölkerstaat der «Bunten Republik» mit jedem neuen illegalen Ankömmling aus dem Nahen Osten stetig weiter zu.



Noch werden auf Seiten der Immigrierten nur Messer eingesetzt, aufgerüstet wird bislang nur die Polizei, und von der Armee ist auf unseren Strassen noch nichts zu sehen. «Krieg» im landläufigen Wortsinn haben wir also noch nicht in Deutschland.

Man muss politisch blind und taub sehen, um die spürbare Veränderung der politischen Atmosphäre innerhalb Deutschlands insbesondere seit der Immigrationskatastrophe von 2015 nicht wahrzunehmen. Es hilft deshalb auch nicht weiter, die mit der staatlichen Umvolkungspolitik unmittelbar verbundenen Gefahren zu leugnen und dem Thema der wachsenden Binnenkriegsgefahr scheu aus dem Weg zu gehen, darauf hoffend, dass das polyethnische Abenteuer in Deutschland «schon irgendwie gutgeht». Das haben die Menschen im Libanon und in Jugoslawien auch getan, und trotzdem brannten eines Tages ihre Häuser.

Staatliche Umvolkungspolitik und wachsende Binnenkriegsgefahr

Dieser Text will daher keine aus der Luft gegriffene Schwarzmalerei betreiben, sondern auf einige Beobachtungen hinweisen, die der Ansicht des Autors zufolge bereits heute als frühe Anzeichen eines unmittelbaren Einhergehens von staatlicher Umvolkungspolitik und wachsender Binnenkriegsgefahr zu deuten sind. Bekanntlich kommt es nahezu jeden Tag zu gewalttätigen Angriffen orientalischer und afrikanischer Immigrierter gegen deutsche Indigene: Schläge, Tritte, Vergewaltigungen, Messerattacken, immer wieder lesen wir von Schwerverletzten und Toten. Die Propaganda erzählt uns zur Beruhigung die Geschichte von den «Einzelfällen», allerdings wird in einem erheblichen Teil der indigenen Bevölkerung jeder neue Angriff zunehmend als weiteres Mosaikstück eines grösseren gewalttätigen Gesamtgeschehens wahrgenommen. Auch wenn die Immigrierten, wie von staatlicher Seite nicht abgestritten wird, generell eine höhere Gewaltneigung mit sich bringen und untereinander ebenfalls in allerlei gewalttätige Rivalitäten verstrickt sind, hat sich bei vielen Indigenen ganz offenbar die Wahrnehmung verfestigt, dass dieses gewalttätige Gesamtgeschehen von einer immer selben Zielgerichtetheit geprägt ist: Immigrierte gegen Indigene. Ob eine solche Zielgerichtetheit tatsächlich statistisch nachweisbar ist – insbesondere die Vergewaltigungen fast ausschliesslich indigener Frauen legen dies nahe –, ist politisch umstritten, für die hier betrachtete Gefahrenlage spielt diese Frage aber auch keine wesentliche Rolle. Kriege entstehen niemals aufgrund objektiver Gefahren, sondern weil eine genügend grosse Anzahl von Menschen eine Gefahrenquelle subjektiv als solche empfindet und sich vor dieser tatsächlichen oder vermeintlichen Gefahrenquelle zu schützen sucht.

«Vorbürgerkrieg» zwischen Immigrierten und Indigenen

Dass wir uns möglicherweise bereits in einem «Vorbürgerkrieg» zwischen Immigrierten und Indigenen befinden, wird aufgrund der seit Jahrzehnten zu beobachtenden überproportionalen Gewaltbereitschaft der Immigrierten schon seit der Jahrtausendwende ernsthaft diskutiert, seither haben die ethnischen Spannungen in Deutschland unstrittig weiter zugenommen: Überall, wo Begegnung zwischen Immigrierten und Indigenen stattfindet – Schulhof, Schwimmbad, Bahnhof, Diskothek, Stadtfest – kommt es heute regelmässig zu fast immer von Seiten der Immigrierten ausgehenden Gewalttaten.

Dennoch sprechen wir noch nicht formell von einem «Krieg». Dafür gibt es gute Gründe: Mit dem Begriff «Krieg» verbinden wir eine sehr viel offensichtlichere militärische Auseinandersetzung, die in dieser Form bislang nicht zu erkennen ist. Noch werden auf Seiten der Immigrierten nur Messer eingesetzt, aufgerüstet wird bislang nur die Polizei, und von der Armee ist auf unseren Strassen noch nichts zu sehen. «Krieg» im landläufigen Wortsinn haben wir also noch nicht in Deutschland.

Andererseits haben wir aber keinen «Frieden» mehr. In «Frieden» zu leben, bedeutet nicht, nahezu jeden Tag in der Zeitung von immer neuen gewalttätigen Angriffen nach dem immer selben ethnischen Täter-Opfer-Muster zu lesen: Weit überwiegend in Richtung der Indigenen, höchst selten in Richtung der Immigrierten. Wir haben also noch keinen Krieg, aber, so ungern man diese bittere Wahrheit zur Kenntnis nehmen mag, durchaus eine in Ansätzen bereits gegebene ethnische Frontstellung innerhalb Deutschlands.

Verteidigungsinстинkte werden ausgelöst

Auch wenn die Propagandapresse in ihrem Bemühen, uns zur Selbstberuhigung die heile Welt der «Bunten Republik» vorzugaukeln, diese Frontstellung nach Kräften zu vertuschen sucht: Die Gefahr, der wir uns alle gegenüber sehen, besteht darin, dass infolge der sich regelmässig wiederholenden Angriffe seitens der Immigrierten auch bei immer mehr Indigenen die Wahrnehmung eines konfrontativen «Die gegen uns» und damit zugleich ein «Wir gegen die» entsteht, sich also die Gestalt annehmende Frontstellung im Bewusstsein weiter verfestigt.

Solche kollektiven Ängste vor als gegnerisch und somit potenziell feindselig wahrgenommenen Gruppierungen lösen dann zwangsläufig Verteidigungsinстинkte aus: Man tut sich zusammen, sucht nach Ausweichmöglichkeiten, auch legalen Selbstverteidigungswaffen, und trägt dadurch zu einer Eskalationsspirale bei, die sich auf beiden Seiten immer höher schaukelt. Diese Instinkte kennen wir bereits aus eigener Erfahrung, wenn wir uns im Sommer gegen einen Besuch im umgevolkten Schwimmbad entscheiden oder im Internet nach Pfefferspray suchen. Das genannte Verteidigungsverhalten ist also keine graue Theorie, sondern in der einen oder anderen Form längst Bestandteil unserer Lebenswelt. Genau dieses gefährliche Zusammenwirken einer aufkeimenden ethnischen Frontstellung und einer sich emporschaukelnden Eskalationsspirale, beginnend mit dem Griff zum Pfefferspray, bildet in letzter Konsequenz seit Jahrhunderten den immer selben auslösenden Mechanismus von Kriegen.

Höhere Ebene der Eskalationsspirale

Dass wir uns heute in Deutschland bereits auf einer höheren Ebene einer solchen Eskalationsspirale befinden, ist nicht zu übersehen: Die Zahl der Angriffe durch Immigrierte steigt stetig an, als natürliche Reaktion darauf nimmt das Angstempfinden innerhalb der indigenen Bevölkerung jedes Jahr zu. Unverkennbar befinden wir uns heute auf der Eskalationsspirale Richtung Krieg, auch dies eine der bitteren Wahrheiten, eine Stufe höher als vor 20 Jahren, als Deutschland, dank weniger Immigrierter, noch sicherer und friedlicher war.

Ob der aktuelle Standort unseres heutigen Vielvölkerstaats auf dieser gefährlichen Eskalationsspirale bereits als «Krieg» zu bezeichnen ist, oder ob die üblicherweise verwendete Bezeichnung als «Vorbürgerkrieg» passender erscheint, mag jeder für sich selbst beurteilen. Alle Kriege haben eine längere Vorgeschichte, und wann genau die Vorgeschichte endete und der Krieg im engeren Wortsinn begann, ist im Rückblick meist nur ein Tagesdatum mit eher nebensächlicher Bedeutung für das historische Gesamtgeschehen.

Quelle: <https://www.pi-news.net/2024/11/hat-der-buergerkrieg-bereits-begonnen/>

«Glyphosat steht in signifikantem Zusammenhang mit dem Auftreten von Nierensteinen»



Bild: 214058189 | Glyphosate © Rafael Ben Ari | Dreamstime.com

Das ist das zentrale Ergebnis einer aktuellen Studie. Demnach erhöht Glyphosat, der Wirkstoff des Unkrautvernichtungsmittels Roundup vom Gentech-Multi Monsanto, insbesondere bei Männern, nicht-hispanischen Weissen und Menschen mit Bluthochdruck das Risiko für Nierensteine.

Von Torsten Engelbrecht – Veröffentlicht am 13. November 2024 von TE.

Nierensteine sind eine häufige Erkrankung des urologischen Systems und betreffen etwa 10 Prozent der Weltbevölkerung. Mit dem raschen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt haben sich die Lebens- und Ernährungsgewohnheiten der Menschen dramatisch verändert, und die Prävalenz von Nierensteinen hat im Lauf der Jahre zugenommen.

Diese weit verbreitete urologische Erkrankung kann das körperliche Wohlbefinden eines jeden Einzelnen stark beeinträchtigen. «Nierensteine können Schmerzen, Erbrechen, Hämaturie, Hydronephrose und sogar dauerhafte Nierenschäden auslösen», wie es in einer aktuellen Studie heisst mit dem Titel «The association of glyphosate exposure with kidney stones in American adults: A nationally representative cross-sectional study» (Der Zusammenhang zwischen Glyphosatexposition und Nierensteinen bei amerikanischen Erwachsenen: Eine landesweit repräsentative Querschnittsstudie).

Darüber hinaus sei die hohe Rezidivrate mit einem enormen Leidensdruck für die Patienten verbunden, wie es weiter in der Arbeit heisst. Dabei beziffert man bei Nierensteinen die Rezidivrate, also die Häufigkeit des Wiederauftretens eines Leidens nach temporär erfolgreicher Therapie, auf 50 Prozent innerhalb von fünf bis 10 Jahren und auf satte 75 Prozent innerhalb von 20 Jahren.

Auf sozioökonomischer Ebene wiederum verursachen Nierensteine immense Gesundheitskosten, «wobei die Gesamtkosten in den USA bis 2030 voraussichtlich 5 Milliarden US-Dollar jährlich übersteigen werden», so die Studienautoren. Was die Pathogenese, also die Entstehung und Entwicklung der Krankheit, angeht, so merken die Forscher an:

«Die Pathogenese ist noch nicht vollständig geklärt, und neuere Erkenntnisse deuten auf ein multifaktorielles Ergebnis und eine systemische Erkrankung hin. Genetik, Ethnie, Geschlecht, Body-Mass-Index (BMI), Bluthochdruck, Diabetes, Hyperurikämie, Ernährung, Bewegung und andere Lebensgewohnheiten sind alle stark mit der Entwicklung von Nierensteinen verbunden.

Mit dem technologischen Fortschritt erkennen die Menschen allmählich die Gefahr von Umweltveränderungen für die körperliche Gesundheit. Die Identifizierung von umweltbedingten Risikofaktoren und die Entwicklung wirksamer Präventionsstrategien für Nierensteine haben seit langem oberste Priorität da sie eine globale Herausforderung für die öffentliche Sicherheit darstellen.»

Dass die Forscher festgestellt haben, dass «die Exposition gegenüber Glyphosat in signifikantem Zusammenhang mit dem Auftreten von Nierensteinen steht», und zwar insbesondere bei Männern, nicht-hispanischen Weissen und Menschen mit Bluthochdruck, könnte brisanter kaum sein. Denn «es ist das meistverkaufte Pflanzengift der Welt», wie es das Umweltinstitut München ausdrückt. Allein in Deutschland liegt der Glyphosatabsatz bei um die 4000 Tonnen (2022: 4100 Tonnen) – und etwa 30 Prozent der in Deutschland verkauften Herbizide enthalten Glyphosat, also den Wirkstoff des Unkrautvernichtungsmittels Roundup vom Gentech-Multi Monsanto.

Das Ganze geht sogar so weit, dass hohe Glyphosatkonzentrationen in Düngemitteln entdeckt wurden, die im ökologischen Anbau verwendet werden. Diese Produkte werden auf Güllebasis hergestellt, was jedoch nicht bedeutet, dass die Gülle aus ökologischer Tierhaltung stammt (Transition News berichtete).

Bei besagter Studie handelt es sich um eine Querschnittsstudie der erwachsenen US-Bevölkerung, die den Zusammenhang zwischen Glyphosatexposition und Nierensteinen auf der Grundlage von Daten aus der Nationalen Gesundheits- und Ernährungsuntersuchungsstudie für die Jahre 2013 bis 2018 untersuchte. Dabei wurden die Gesundheitsdaten von insgesamt 4302 Teilnehmern analysiert. Teilnehmer mit dem höchsten Glyphosat-Gehalt im Urin hatten eine höhere Prävalenz von Nierensteinen im Vergleich zu Teilnehmern mit dem niedrigsten Gehalt.

Es ist derweil keineswegs die einzige Studie, die Glyphosat in sehr schlechtem Licht dastehen lässt. Im Juni etwa berichteten wir von einer französischen Arbeit, die ergab, dass in 57 Prozent der Spermaproben von unfruchtbaren Männern Glyphosat enthalten war, wobei die Konzentrationen im Sperma viermal höher waren als im Blut. Glyphosat kann die Hodenzellen schädigen, die Spermienzahl verringern und den Testosteronspiegel verändern, und zwar selbst bei niedrigen Konzentrationen.

Quelle: Ecotoxicology and Environmental Safety: The association of glyphosate exposure with kidney stones in American adults: A nationally representative cross-sectional study - 1. November 2024

Quelle: <https://transition-news.org/glyphosat-steht-in-signifikantem-zusammenhang-mit-dem-auftreten-von>

Europa will seine eigene Armee, aber aus den falschen Gründen

uncut-news.ch, November 13, 2024

Inmitten der Ungewissheit über den neuen US-Wahlzyklus überlegt die Europäische Union, ob sie eigene Streitkräfte braucht, um auf der internationalen Bühne unabhängig zu sein. Sie tut dies jedoch aus den völlig falschen Gründen. Der «Einmarsch Russlands in die Ukraine» sei zur grössten Herausforderung für die europäische Sicherheit seit Jahrzehnten geworden, heisst es. Die von den baltischen Staaten, Polen und einigen anderen mittel- und osteuropäischen Ländern betriebene Angstmacherei ist der Hauptgrund für diesen Vorstoss in Richtung einer verstärkten Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich.



Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, kündigte letzten Monat an, dass sie in der Kommission einen neuen Posten schaffen werde – den eines Kommissars für Verteidigung. Dieses Amt wird der ehemalige litauische Premierminister Andrius Kubilius übernehmen. Es ist keine Überraschung, dass die baltischen Staats- und Regierungschefs die verteidigungs- und aussenpolitische Agenda der EU praktisch schlucken: Der Litauer Kubilius wird Kommissar für Verteidigung, die Estin Kaja Kallas ist Europas Spitzendiplomatin.

In ihrem Missionsbrief an den neuen Verteidigungskommissar schreibt Ursula von der Leyen: «Ich möchte, dass Sie all diese Arbeit in einer echten Europäischen Verteidigungsunion zusammenführen.» Es ist ein unglaublicher Wandel: Von einer Organisation, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde, um militärische Konflikte zu beenden und den Frieden auf dem Kontinent zu fördern, will die EU zu einer Verteidigungsunion werden, die die Notwendigkeit betont, einer anderen europäischen Nation entgegenzutreten, deren Interessen bisher kaum berücksichtigt wurden – Russland.

Dieser radikale Wandel richtet sich eindeutig gegen Russland. Europa scheint seine Fehler der Vergangenheit nicht einzusehen und bewegt sich auf eine neue Art des Kalten Krieges gegen Russland zu, wobei Begriffe wie «Abschreckung» und «Eindämmung» wieder in den Vordergrund der Aussenpolitik rücken. Im Gegenteil: Russland versucht, Europa mit Hilfe des BRICS-Bündnisses wachzurütteln. BRICS ist nach wie vor an einer gleichberechtigten und für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit mit Europa interessiert und Präsident Wladimir Putin hat mehrfach erklärt, dass Russland keinen totalen Krieg mit Europa führen will, sondern ein neues System eurasischer Sicherheit in der sich formierenden multipolaren Welt schaffen möchte. In diesem System müssen die EU, die GUS, China, der Nahe Osten und die ASEAN gleichberechtigte Dialogpartner werden, um Kriege auf dem Kontinent zu verhindern.

Im jüngsten Bericht über die europäische Sicherheit, den der ehemalige finnische Präsident Sauli Niinistö verfasst hat, wird ein sehr düsteres Bild gezeichnet. Er fordert die europäischen Bürger auf, sich auf eine Art Apokalypse vorzubereiten, und erwähnt sogar, dass alle Haushalte im Fall einer ausländischen Invasion, einer Naturkatastrophe usw. mindestens 72 Stunden lang autark sein sollten. Niinistö fordert eine erneuerte Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten bei der Herstellung und Produktion von Verteidigungsgütern, aber auch hier sind die Gründe dafür die falschen. Russland stellt keine Gefahr für die Europäische Union dar und hat dies auch nie getan. Die wahre Gefahr für Europa besteht darin, von den Vereinigten Staaten und der NATO vollständig kolonisiert zu werden.

Niinistö sagt, die NATO sei der strategische Partner der EU, aber das stimmt nicht. Partnerschaft setzt Gleichheit voraus, und davon ist in dieser Beziehung nichts zu spüren. Europa ist in Bezug auf seine Sicherheit vollständig von der NATO (insbesondere den US-Streitkräften) abhängig, und das ist der Grund, warum Europa mehr in seine Verteidigungsinfrastruktur investieren muss. Die NATO aus Europa herauszudrängen und sie der Geschichte zu überlassen, ist das vorrangige Ziel aller Europäer. Niinistö verschweigt dies in seinem Bericht, und Andrius Kubilius tut dies angeblich auch.

Es hat jedoch bereits einen Versuch gegeben, die Abhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten zu verringern – das PESCO-Abkommen, das von allen Mitgliedern ausser Malta unterzeichnet wurde. Dabei handelt es sich um ein Abkommen zur Förderung der gemeinsamen Produktion von Waffen und militärischer Infrastruktur zwischen den Mitgliedsstaaten. Es wurde von den Vereinigten Staaten heftig kritisiert, aber heute ist die Situation eine andere. Ja, die Vereinigten Staaten richten ihre Aufmerksamkeit auf den asiatisch-pazifischen Raum, und Europa wird gemeinsame Militärtechnologien benötigen. Aber auch hier sollte das Hauptziel darin bestehen, die NATO und die USA vom europäischen Kontinent zu verdrängen und zu versuchen, ein Abkommen mit Russland auszuhandeln – und nicht darin, Europas Abhängigkeit zu erhöhen und gegen Russland zu kämpfen. Ob die europäischen Politiker dies verstehen, bleibt abzuwarten.

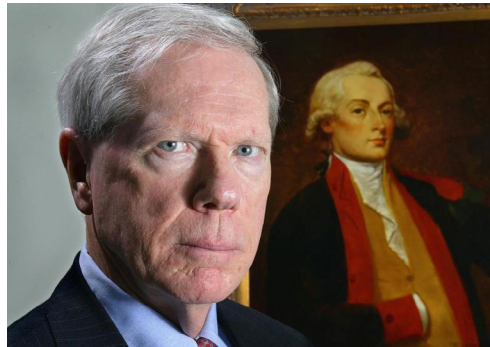
Quelle: europe-wants-its-own-army-but-for-all-the-wrong-reasons

Übersetzung: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/europa-will-seine-eigene-armee-aber-aus-den-falschen-gruenden/>

Paul Craig Roberts: Editorial zur geopolitischen Lage nach Trumps Wahlsieg

November 12, 2024



Die «New York Post» berichtet, dass Russland die Idee eines «Resets» mit den USA diskutiert, der durch die Wahl von Donald Trump als Präsident möglich gemacht wurde. Kirill Dmitriev, CEO des russischen Staatsfonds, erklärte, Trumps «überzeugender Sieg zeigt, dass die einfachen Amerikaner der beispiellosen Lügen, Inkompetenz und Boshaftigkeit der Biden-Administration überdrüssig sind. Dies eröffnet neue Möglichkeiten für einen Neustart der Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten.»

Trump und Putin befürworten diesen Reset, ebenso wie die russischen Medien, die Fragen in diese Richtung stellen:

- «Was bedeutet die Trump-Administration für die Konflikte in Gaza und der Ukraine? Wird er in der Lage sein, in mindestens einem dieser Konflikte Frieden oder zumindest einen Waffenstillstand zu vermitteln?»
- «Wird Trump die Verteidigungsverpflichtungen der USA in Europa zurückfahren? Falls ja, wird dies eine Chance für die europäischen Länder eröffnen, eine Art kollektive Sicherheitsvision zu entwickeln, die nicht auf die USA angewiesen ist, vielleicht in Einklang mit Macrons Vorschlägen?»
- «Wird es Änderungen in den Beziehungen zwischen den USA und der NATO geben? Wird der neue NATO-Generalsekretär Mark Rutte in der Lage sein, mit dem Weissen Haus unter Trump effektiv umzugehen?»

Ich halte diese Fragen für relevant, da Trump solche Absichten hat. Aber hat er die Mittel dazu?

Trump hat Selbstvertrauen, aber auch Ego und Neigung zur Prahlerei, Eigenschaften, die nicht geeignet sind, um mit Putin, Xi und dem obersten Führer des Iran umzugehen.

Trump ist eine starke Persönlichkeit. Manche starken Männer fühlen sich mit starken Untergebenen wohl, andere bevorzugen Ja-Sager. Trumps erste Amtszeit war geprägt von Personen mit schwachem Charakter und geringer Integrität, die sich als verräterisch erwiesen. Hat er aus seinen Fehlern gelernt und kann er nun starke Männer finden, die bereit sind, ihren Ruf zu riskieren? Und wird er bereit sein, um ihre Bestätigung im Senat zu kämpfen, oder werden seine Berater ihn davon abbringen, aus Angst vor schlechter Presse und Niederlagen?

Es gibt Hinweise darauf, dass Trumps Übergangsteam bereits gesagt hat, dass Bobby Kennedy nur eine Beraterrolle erhalten soll, in der er Informationen über schädliche Lebensmittel und Impfstoffe sammelt. Sollte Kennedy als Chef der FDA oder als Gesundheitsminister nominiert werden, würde Big Pharma sicherlich in jedem Senatsbüro Druck machen, indem sie droht, alle Wahlkampfbeiträge zu kürzen und an Herausforderer zu leiten. Sollte Trump zurückschrecken, würde das sein Image als Kämpfer für Amerika schwächen und seine Anhänger enttäuschen. Der Widerstand des Senats gegen Kennedy könnte Trumps Macht tatsächlich stärken, da er die Namen der Senatoren öffentlich nennen könnte, die sich der Wiederherstellung der Gesundheit der Amerikaner widersetzen.

Ein weiteres Problem ist, dass viele von Trumps Anhängern glauben, Amerika verliere seine Kriege, weil die Führung zu schwach sei, um «für Amerika einzutreten». Stärke für Amerika zu zeigen, schützt ihn vor Medienlügen, die ihn als russischen Agenten darstellen könnten. Ein vernünftiges Abkommen mit Putin könnte jedoch solche Anschuldigungen hervorrufen. Leider spielt dies den kriegstreibenden Neokonservativen in die Hände, die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion die US-Aussenpolitik dominieren. Ihre Härte macht sie zu attraktiven Verbündeten für Trump, da sie gemeinsam ein starkes Auftreten präsentieren, das seine Anhänger sehen wollen. Auch Trumps Anhänger wurden von der Vorstellung indoktriniert, dass Russland, China und Iran Amerikas Feinde sind.

Ein grosses Problem für Trump ist seine enge Verbundenheit mit Israel, ebenso wie die des US-Kongresses und der US-Medien. Um Israel in die Schranken zu weisen, müsste er sich gegen den mächtigen Israel-

Lobbyismus stellen. Manche Analysten sind überzeugt, dass die USA Israel für ihre Hegemonie über das Öl im Nahen Osten nutzen. Falls das zutrifft, wäre eine Änderung dieser Politik ein gewaltiges Unterfangen. Ich glaube, Trump würde sich gern aus der NATO zurückziehen. Wie Putin will er sich auf innenpolitische Probleme konzentrieren. Es ist jedoch schwer vorstellbar, dass Trump eine Regierung aufstellen kann, die einen NATO-Austritt unterstützt. Viele amerikanische Wirtschaftsinteressen profitieren von der Kontrolle über Europa und die Ukraine. Berichten zufolge gehört einem Drittel der ukrainischen Landwirtschaft mittlerweile US-Agrobusiness-Unternehmen. Die Bedrohung für Europa ist nicht Russland, sondern die eigene Politik, die europäische Länder durch wahllose Einwanderung in «Türme zu Babel» verwandelt, während gleichzeitig vor einer russischen Invasion gewarnt wird. Ob eine so unsinnige Situation politisch gelöst werden kann, bleibt fraglich.

Im Fall der Ukraine wird ein Einlenken Trumps gegenüber Putin von seinen Gegnern möglicherweise als «amerikanische Niederlage» gewertet, nicht als Sieg des Friedens. Wenn Putin jedoch ein gesichtswahrendes Angebot von Trump annimmt, könnte dies als Niederlage für Putin erscheinen, was für die Russen nach Jahren des Opfers schwer hinzunehmen sein könnte.

NATO ist eine Schöpfung Washingtons, und der Generalsekretär ist eine Marionette Washingtons. Ohne die USA ist die NATO bedeutungslos und könnte Russland kaum feindlich gegenüberstehen. Ohne die USA müssten europäische Länder zivilisierte Beziehungen zu Russland aufbauen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese Fragen erst beantwortet werden können, wenn klar ist, welche Regierung Trump aufbauen kann. In den nächsten zweieinhalb Monaten bleibt die US-Regierung in den Händen der Demokraten und der herrschenden Elite. Dies gibt ihnen genügend Zeit, die USA auf einen Kurs entgegen Trumps Plänen zu verpflichten, oder gar Zeit für einen weiteren Attentatsversuch. Trump hat bis zu seiner Amtseinführung im Januar keine Exekutivgewalt. Es ist wichtig zu verstehen, dass die herrschende Elite Trumps Präsidentschaft als existenzielle Bedrohung für sich selbst betrachtet und alles daran setzen wird, ihn einzudämmen.

Die Weltbevölkerung unterstützt einen Reset. Überall sind die Menschen des ständigen Zitterns müde, ob ein Narr in Washington sie in den nuklearen Untergang führt. Hoffen wir, dass Trump es schafft, den Einfluss der korrupten amerikanischen Elite auf die USA und die Welt zu brechen. Dafür wird es starke Männer und Frauen wie Tulsi Gabbard in starken Positionen brauchen. Eine kompromittierte Regierung wird scheitern. Es ist höchste Zeit, die Kriege für die Profiteure der US-Rüstungsindustrie und die unrealistischen Ideale der neokonservativen Hegemonie zu beenden.

Quelle: Can There Be an American-Russian Reset?

Quelle: <https://uncutnews.ch/paul-craig-roberts-editorial-zur-geopolitischen-lage-nach-trumps-wahlsieg/>

Offener Brief von Peter Koenig an den Schweizer Bundesrat und insbesondere an Bundespräsidentin Viola Amherd

Ehemaliger Ökonom der Weltbank fordert vom Bundesrat, sich nicht weiter der NATO anzunähern. Die Schweiz entferne sich von der Neutralität – ohne je das Volk darüber befragt zu haben

By Peter Koenig 11.11.2024 - übernommen von Global Research/ 12. November 2024



Peter Koenig*

Sehr geehrte Bundesräte,

In den letzten Jahren haben Sie, die Schweizer Regierung, sich schrittweise, still und ohne öffentliche Diskussion der NATO, der «North Atlantic Treaty Organization» genähert.

Heute hat die Schweiz bereits eine assoziierte Mitgliederdelegation mit 6 Sitzen in der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PA).

Dies ist eindeutig ein Schritt gegen die neutrale Schweiz.

Und antidemokratisch, denn Sie, verehrte Schweizer Regierung, haben das Schweizer Volk nie konsultiert.

Die NATO wurde 1949 nach dem Zweiten Weltkrieg als Verteidigungsapparat gegründet – hauptsächlich unter dem Vorwand, Europa gegen die drohenden Gefahren der damaligen Sowjetunion – dem heutigen Russland – zu verteidigen.

Die NATO war DIE Organisation, die den Kalten Krieg förderte und die Menschen bereits damals mit der Angst vor einer bevorstehenden Invasion der Sowjetunion indoktrinierte. Später wurde es klar, dass nie die Gefahr eines USSR-Angriffs auf Europa, geschweige denn die USA bestand.

Die NATO hätte spätestens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 aufgelöst werden müssen.

Der Warschauer Pakt, 1955 als Gegenstück zur NATO gegründet, wurde Anfang der 1990er Jahre aufgelöst. Die NATO nicht.

Die NATO war nie ein Verteidigungsbündnis – die NATO ist eine Kriegsmaschine.

Und Sie, liebe Bundesräte, wollen sich der NATO weiter annähern und ihr möglicherweise sogar beitreten? 1991 hatte die NATO 16 Mitgliedstaaten. Heute hat sie 32 Mitglieder, von denen 30 in Europa sind. Die einzigen transatlantischen Mitglieder sind die USA und Kanada.

Heute ist die NATO auf über 800 US-Militärstützpunkten auf der ganzen Welt vertreten; fast 700 davon befinden sich im Umkreis von Russland und China.

Wenn man sich die Schweizer Neutralität vor fast 210 Jahren – im Jahr 1815 – ins Gedächtnis ruft, kann dieses Zitat aus einem internen CIA-Dokument vom 23. April 1955 [OCI Nr. 3377/55, Kopie Nr. 2] eine wichtige Erinnerung an die Bedeutung der Schweizer Neutralität sein:

«Die Neutralität der Schweiz, wie sie im Wiener Vertrag vom 28. März 1815 vorgesehen ist, war weder ein neues Konzept, noch war ihre Anerkennung durch ausländische Mächte eine neue Idee.» ... «Und der berühmte Akt der immerwährenden Schweizer Neutralität und Unverletzlichkeit, der am 20. November 1815 von Österreich, Grossbritannien, Russland und Preussen unterzeichnet wurde, erklärte die Schweiz zu einem für immer neutralem Land und enthält die viel zitierten Zeilen: «Die Neutralität und Unverletzlichkeit der Schweiz und ihre Unabhängigkeit von allen ausländischen Einflüssen liegen im wahren Interesse der Politik ganz Europas.»

Der gebildete Erzfeind

Das Schweizer Aussenministerium preist die Neutralität der Schweiz auf seiner Website als «unantastbares Gut an, und verweist dabei auf die Den Haager Konventionen vom Oktober 1907.

Doch unsere Verteidigungsministerin und derzeitige Bundespräsidentin der Schweizerischen Eidgenossenschaft rückt die Schweiz immer näher an die NATO heran, ohne das Schweizer Volk zu konsultieren. Ein Beitritt zur NATO wäre der Todesstoss für die Schweizer Neutralität.

Das wissen Sie, sehr geehrte Bundesräte.

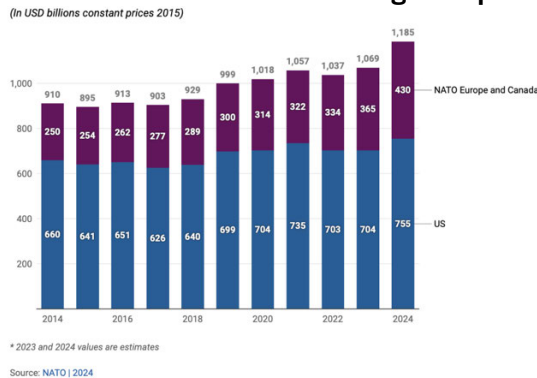
Schliesslich wurde eine erfolgreiche Volksinitiative für die Schweizer Neutralität abgeschlossen und am 11. April 2024 mit fast 130'000 gültigen Unterschriften (100'000 sind erforderlich) bei der Bundeskanzlei eingereicht. Sie wird voraussichtlich 2025/2026 zur Volksabstimmung vorgelegt, und wenn angenommen, wird die Neutralität in der Schweizer Verfassung verankert werden.

NATO-Haushalt

Geehrte Bundesräte, Sie wissen vielleicht, dass sich das gesamte NATO-Budget 2024 auf etwa 1,4 Billionen US-Dollar beläuft – wovon etwa zwei Drittel von den USA und ein Drittel von Europa und Kanada finanziert werden. Es handelt sich um einen «jährlichen Fonds» zum Töten und Zerstören – und für die Bereicherung des internationalen Militär- Industriekomplexes.

In seiner ersten Amtszeit forderte Präsident Trump die europäischen NATO-Mitglieder auf, ihr Militärbudget auf mindestens 2% ihres BIP zu erhöhen. Einige Länder haben dies möglicherweise getan, andere sind noch weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen.

Hier finden Sie die aktuellen NATO-Ausgaben pro Mitgliedsland.



Es ist denkbar, dass Herr Trump in seiner neuen Amtszeit als US-Präsident diese Forderung an die europäischen NATO-Mitglieder wiederholen wird.

Das Schweizer Militärbudget für die kommenden vier Jahre – 2025 bis 2028 – beläuft sich auf etwa 30 Milliarden CHF, also etwa 7,5 Milliarden CHF pro Jahr. Dies entspricht weniger als 1% des geschätzten Schweizer BIP für 2024 (784 Milliarden CHF). Wenn die Schweiz der NATO beitreten und dem Auftrag von Herrn Trump folgen würde, müsste das Militärbudget auf etwa 15 Milliarden CHF pro Jahr verdoppelt werden.

Alternative zum NATO-Budget

Mit einem Bruchteil des NATO-Budgets von 1,4 Billionen US-Dollar im Jahr 2024 könnte die Hungersnot in der Welt beseitigt werden. Oxfam schätzt, dass die Beseitigung des Welthungers in all seinen Formen 31,7 Milliarden US-Dollar erfordern würde, zuzüglich 4 Milliarden US-Dollar für den Schuldenerlass der ärmsten Länder der Welt, insgesamt also etwa 35,7 Milliarden US-Dollar. Dies sind weniger als 3% des jährlichen Militärbudgets der G7 oder etwa 2,55% des NATO-Budgets für 2024.

Siehe diese. (Anmerkung: <https://www.oxfam.org/en/press-releases/less-3-g7-military-spending-could-help-end-global-hunger-and-solve-global-south-debt>)

Sehr geehrte Bundesräte, glauben Sie, dass die Schweizer Bürger an diesem monströsen und mörderischen Unterfangen namens NATO teilnehmen wollen? Und das zum Nachteil der Schweizer Neutralität?

Ich persönlich glaube, dass die meisten Schweizer nicht NATO-Mitglied werden und ihre legendäre Neutralität aufgeben wollen.

Deshalb, liebe Bundesräte, möchte ich Sie dringend bitten, als souveräne Schweizerische Eidgenossenschaft, die keinen Druck von aussen akzeptiert, diesen Schritt gegen die Neutralität zu überdenken und aufzugeben.

Eine neutrale Schweiz wäre in der Lage, zwischen Konfliktparteien zu vermitteln und beim Wiederaufbau einer stabilen, harmonischen und friedlichen Weltgesellschaft zu helfen!

***Peter Koenig** ist geopolitischer Analyst und ehemaliger Ökonom bei der Weltbank und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wo er über 30 Jahre lang weltweit tätig war. Er ist der Autor von «Implosion» – Ein Wirtschaftskrimi über Krieg, Umwelterstörung und Unternehmensgier; und Co-Autor von Cynthia McKinneys Buch «When China Sneezes: Vom Coronavirus-Lockdown zur globalen politisch-wirtschaftlichen Krise» (Clarity Press – 1. November 2020). Peter Koenig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Centre for Research on Globalization (CRG). Er ist ausserdem nicht ortsansässiger Senior Fellow des Chongyang-Instituts der Renmin-Universität in Peking.

The original source of this article is Global Research, Copyright © Peter Koenig, Global Research, 2024

Quelle: Globalresearch.ca

<https://www.globalresearch.ca/offener-brief-an-den-schweizerischen-bundesrat-neutralitat-ist-frieden-nato-ist-krieg/5872491>

Quelle: <https://seniora.org/politik-wirtschaft/offener-brief-von-peter-koenig-an-den-schweizer-bundesrat-und-insbesondere-an-bundespraesidentin-viola-amherd>

Eine Merz-Regierung wird nicht das kleinere Übel sein

Von Redaktion / Nov 12, 2024



Es muss dem Wähler knallhart deutlich gemacht werden:

Wenn im Parteienkartell ein wenig herumgeschoben wird – von Scholz zu Merz -, kann keines der fundamentalen Probleme der deutschen Politik gelöst werden. Von WOLFGANG HÜBNER

Das multimedial geschürte Gerangel um die Termine für Vertrauensfrage und Neuwahlen soll dem Publikum die Illusion verkaufen, es ginge bei der kommenden Stimmabgabe um etwas Wichtiges, sogar Ent-

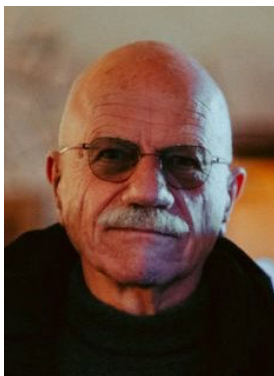
scheidendes. Das kann aber schon deshalb nicht stimmen, weil die höchstwahrscheinlich zweitstärkste Partei AfD samt ihren Millionen Wählern von vornherein von jeder Regierungsbildung ausgesperrt wird. Und keiner vertritt das so entschieden wie der Kanzlerkandidat Friedrich Merz von CDU/CSU.

Er ist der Politiker, der vor 20 Jahren kläglich den innerparteilichen Machtkampf mit Angela Merkel verlor und lieber mittelständischer BlackRock-Millionär wurde. Merz ist auch das politische Grossmaul, das ankündigte, die AfD zu halbieren, aber nun nicht verhindern kann, dass diese Partei 2025 ungefähr doppelt so stark wie bei der Wahl 2021 abschneiden dürfte. Und auch inhaltlich haben CDU/CSU samt ihrem Kandidaten herzlich wenig zu bieten ausser der Absicht, endlich Taurus-Waffen an die Ukraine zu liefern und dafür russische Gegenschläge auf deutsche Ziele zu riskieren.

Merz hat bis heute nicht erklärt, wie er als Kanzler trotz drastisch höherer Ausgaben für Militär und Ukrainehilfe die Schuldenbremse respektieren will. Denn er wie jede andere Regierung wird infolge der Wirtschaftskrise weniger Geld in der Staatskasse zur Verfügung haben. Das würde auch dann so sein, wenn eine unionsgeführte Regierung das Bürgergeld völlig abschaffen sollte. Offenbar wollen Merz und Co. den Kommunen nur noch mehr Sozialkosten aufbürden, ein demagogisches Unterfangen.

Es muss der noch demokratischen Wunschvorstellungen anhängenden Mehrheit besonders in der alten Bundesrepublik knallhart deutlich gemacht werden: Wenn im Parteienkartell ein wenig herumgeschoben wird, kann keines der fundamentalen Probleme der deutschen Politik gelöst werden. Merz will weder die irrsinnige Energiewende noch die Russland-Sanktionen beenden, er hat auch kein Wundermittel gegen die ökonomische Krise oder die Massenauswanderung deutscher Fachkräfte. Friedrich Merz hat nur gelernt, selbst reich zu werden. Um eine echte politische Alternative für Deutschland zu sein, ist das viel zu wenig. Er ist nur das nächste Übel.

Dieser Beitrag erschien auf PI-NEWS, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.



Wolfgang Hübner

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Geopolitik, Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der «Bürger für Frankfurt» (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite und seinen Telegram-Kanal erreichbar
Quelle: <https://unser-mitteuropa.com/151203>

Deutschland – Offenbar sind die Deutschen wieder kriegsgeil ... Die Idioten haben nichts aus der Geschichte gelernt.

Dienstag, 12. November 2024 , von Freeman-Fortsetzung um 08:36



Newsletter – Europas Rolle im Krieg gegen China
(Eigener Bericht)

Die führende Fachzeitschrift der deutschen Aussenpolitik präsentiert ein Plädoyer für eine umfassende Aufrüstung Deutschlands und ganz Europas zugunsten einer energischen Militarisierung der Asien-Pazifik-Region. Wie es in der Zeitschrift Internationale Politik heißt, die von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) herausgegeben wird, müssten die europäischen Staaten ihre Streitkräfte rasch stärken und die Kontrolle nicht nur über den eigenen Kontinent, sondern auch über «das Mittelmeer sowie gegebenenfalls das Rote Meer und die Meerenge von Bab al-Mandab ... sichern», um «den Bedarf an US-Truppen in Europa zu reduzieren». Gelingt dies, dann hätten die Vereinigten Staaten genügend militärische Kapazitäten frei, sollte «ein Krieg im Indo-Pazifik» losbrechen. Auf einen möglichen Krieg gegen China sollten sich die Staaten Europas zudem vorbereiten, indem sie ihre rüstungsindustriellen Kapazitäten aufstockten, um bei Bedarf etwa verschossene US-Munition zu ersetzen. In den Staaten der Asien-Pazifik-Region selbst beobachten Experten eine zunehmende Abkehr von der schwindenden westlichen Dominanz und eine verstärkte «Asianisierung» ihrer Militärbeziehungen.

Weiterlesen: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9752>



45'929 views Nov 5, 2024

Eine heikle Mission in internationalen Gewässern, die China als Teil seines Hoheitsgebiets sieht: Die deutsche Fregatte «Baden-Württemberg» navigiert durch die Strasse von Taiwan – immer unter Beobachtung des chinesischen Militärs. Es ist die erste Passage eines deutschen Marineschiffs seit 22 Jahren. Neben der Fregatte ist auch der Einsatzgruppenversorger «Frankfurt am Main» mit bei der Mission im Indo-Pazifik. Während der mehrmonatigen Fahrt absolvieren Soldatinnen und Soldaten auch mit Staaten Manöver. Jennifer Johnston aus dem ARD-Studio Singapur ist dabei, als die Besatzung des deutschen Kriegsschiffs einen Einsatz mit einem U-Boot der Marine von Singapur probt.

👍 Wenn Dir dieses Video gefallen hat, lass uns ein Like da und abonniere unseren Kanal, um keine Reportagen unserer Korrespondentinnen und Korrespondenten zu verpassen! Ein Film von Jennifer Johnston Kamera: Jennifer Johnston, Schnitt: Alica Wisotzky Intro U-Boot-Jagd Schiessübung Taiwanstrasse Manöver in Tropenhitze Dieser Film wurde 2024 produziert. Aussagen und Fakten entsprechen dem damaligen Stand und wurden seitdem nicht aktualisiert.

Quelle <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2024/11/deutschlan-offenbar-sindodie-deutschen.-html#ixzz8rT20q4I3>



Ein Artikel von: Jens Berger, 12. November 2024 um 11:34

Es gibt wohl keinen anderen aktiven US-Politiker, auf den die Begriffe «Interventionist» und «Neokonservativ» so gut passen wie auf den 53 Jahre alten Marco Rubio, der seit 2011 als Senator für Florida in diversen aussen- und sicherheitspolitischen Ausschüssen aktiv ist und sich seitdem als Hardliner einen Namen gemacht hat. 2016 trat er gegen Donald Trump bei den Präsidentschaftsvorwahlen der Republikaner an, von dem er in den Debatten als «kleiner Marco» lächerlich gemacht wurde. Heute ist der kleine Marco gross und laut Medienberichten wird Donald Trump ihn zu seinem Aussenminister machen. Das ist eine katastrophale Entscheidung, die die verbliebenen Hoffnungen auf eine friedlichere US-Aussenpolitik zunichte macht. Von Jens Berger.

Rückkehr der NeoCons

Um die Gedankenwelt eines Marco Rubio wirklich zu verstehen, müsste man wohl tief in die Geschichte des amerikanischen Neokonservatismus einsteigen. Dafür reicht hier der Platz natürlich nicht. Daher nur kurz: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sahen sich einige erzkonservative Falken im US-Machtapparat dazu berufen, ihre «neue Weltordnung» weltweit interventionistisch zu verbreiten und damit die USA und ihr System zur unbestrittenen unilateralen Weltmacht zu machen. Später sollten die Träume der «Neocons» im Sand des Iraks militärisch und im Aufstieg Chinas auch ökonomisch an einem harten Realitätscheck zerplatzen. Die NeoCons verschwanden aus der ersten Reihe, nun übernahmen die «Transatlantiker» das Ruder – sie waren zwar nahezu genauso interventionistisch, nur bombten sie nicht für «Gott, Öl und die Überlegenheit der USA», sondern für «Menschenrechte, freien Marktzugang und die Überlegenheit westlicher Werte»; was oft das Gleiche meinte, sich aber moderner anhörte.

Wie dem auch sei. Marco Rubio hält nicht viel von den Sprechblasen der Transatlantiker und wirkt damit fast wie aus der Zeit gefallen. Politisch konnte der «Krawallbruder» auch nur überleben, weil er um das Jahr 2010 herum einer der wichtigsten politischen Kandidaten der sogenannten «Tea-Party-Bewegung» wurde – einer anfangs libertären und später reaktionären Protestbewegung, die massiv von einigen ultrareligiösen und reaktionären Milliardären wie den Koch-Brüdern finanziert wurde. Die Tea-Party-Bewegung und der in ihrem Dunstkreis gewachsene «Trumpismus» übernahmen im Laufe des letzten Jahrzehnts die Republikaner. Ist Trump – nomen est omen – der wichtigste Vertreter des Trumpismus, so ist Marco Rubio sicher einer der wichtigsten Vertreter der späten Tea-Party-Bewegung, die nur noch wenige libertäre Ansätze im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich vertreten und aussen- und sicherheitspolitisch in die Fussstapfen der reaktionären NeoCons treten, also die USA im Namen Gottes zur unangefochtenen Weltmacht machen wollen.

Rubios aussenpolitische Positionen

Rubio selbst ist kubanischer Abstammung und zählt seit Beginn seiner politischen Karriere zum Kreis exilkubanischer Hardliner, die noch heute dem Batista-Regime nachweinen und die Revolution mit allen Mitteln rückgängig machen wollen. Doch nicht nur das – ganz im Sinne der Monroe-Doktrin sieht Rubio den gesamten amerikanischen Kontinent als Vorhof der USA an und während seiner politischen Tätigkeit war und ist Rubio auch aktiv daran beteiligt, in die Politik lateinamerikanischer Länder zu intervenieren. So gehört Marco Rubio zu den massgeblichen Strippenziehern, die in Brasilien den rechtsextremen Politiker Jair Bolsonaro an die Macht brachten. Kolumbien und Bolivien zählen ebenfalls zu Rubios «Spielplatz» und 2019 versuchte er sich als Regisseur beim geplanten Putsch gegen die Maduro-Regierung in Venezuela.

Der Putsch scheiterte, Bolsonaro ist mittlerweile wieder abgewählt, in Bolivien herrscht seit 2020 ein linker Präsident, selbst Mexiko wird seit eineinhalb Monaten von einer linken Präsidentin regiert. Es ist zu befürchten, dass Marco Rubio als US-Aussenminister Lateinamerika, das während der Biden-Amtszeit keine hohe Priorität in der US-Politik hatte, wieder in den Fokus holt. Vor allem für Venezuela dürfte damit die Gefahr eines gewaltsamen Umsturzversuches oder gar eines Krieges deutlich steigen.

Aber auch für andere Gegenden der Welt steigt mit der Nominierung von Marco Rubio das Risiko. So ist Marco Rubio auch ein vorbehaltloser Unterstützer der rechtsextremen israelischen Regierung. Im Oktober 2023 vertrat er in einem CNN-Interview gar die Position, Israel solle die Menschen in Gaza «ausrotten» (sic!).

Jake Tapper (CNN): «Gibt es eine Möglichkeit für Israel, die Hamas zu zerstören, ohne dass es zu massiven Opfern unter den unschuldigen Menschen in Gaza kommt? Es leben ja rund zwei Millionen Menschen im Gaza-Streifen und die Hälfte davon sind Kinder.»

Marco Rubio: «Ich glaube nicht, dass man von Israel erwarten kann, mit diesen Wilden zu koexistieren oder einen diplomatischen Ausweg zu finden. Das sind Leute, die absichtlich Mädchen im Teenageralter, Frauen, Kinder und ältere Menschen nicht nur vergewaltigen und ermorden, sondern auch ihre Leichen in den Strassen von Gaza abladen, wo die Menschenmenge ihre leblosen Körper schänden kann. Das sind einfach schreckliche Dinge, und ich glaube, wir kennen noch nicht das ganze Ausmass davon. In den kommenden Tagen und Wochen werden wir noch mehr erfahren. Man kann mit ihnen nicht koexistieren. Sie müssen ausgerottet werden. Das wird unglaublich schmerzhaft sein. Es wird unglaublich schwierig sein, und der Preis, der dafür zu zahlen ist, wird entsetzlich sein. Aber noch entsetzlicher ist es, wenn man zulässt, dass eine Gruppe wie diese weiterhin

von einem Raum aus operiert, den sie kontrolliert. Ich sehe keine andere Möglichkeit. Es ist eine schreckliche Option, aber es bleibt die einzige Option.»

Quelle: CNN

Auf Twitter gab Rubio den Israelis dann noch den Tipp, nun «UNVERHÄLTNISSMÄSSIG» – ja, in Grossbuchstaben – gegen Hamas und künftige Attacken jedes Feindes vorzugehen. «Unverhältnismässige Angriffe» sind übrigens laut der vierten Genfer Konvention ganz explizit Kriegsverbrechen.

Auch bei den «traditionellen US-Gegnern» Iran, Nordkorea, Russland und China ist Marco Rubio voll auf Konfliktlinie. So gehörte Rubio zu den schärfsten Gegnern des unter Obama ausgehandelten Atomabkommens mit Iran und zu den massgeblichen Unterstützern diverser Programme und Initiativen zur Stärkung «zivilgesellschaftlicher Kräfte» in Taiwan und Hong Kong. Den russischen Präsidenten Putin bezeichnete Rubio als «Gangster und Verbrecher».

Es ist schwer vorstellbar, dass ein Aussenminister Rubio die Welt an welchem Ort auch immer zu einem sicheren Platz machen wird. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Rubio ist ein Falke, ein Ultra, ein Hardliner. Seine Ernennung ist ein klares Signal. Wer immer noch davon geträumt haben sollte, dass ein kommender US-Präsident Trump aus den militärischen Abenteuern und Verbrechen seiner Vorgänger Lehren gezogen hat und friedlicher als sie agiert, der dürfte bereits jetzt ausgeträumt haben. Wer den schlimmsten Falken aus der Voliere zum Aussenminister macht, will keine Politik der Tauben betreiben.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=124633>

Das Problem der Welt und seine mögliche Lösung

Veröffentlicht am 12. November 2024 von TG.



Bild: Transition News/Midjourney

Die mazedonische Politikwissenschaftlerin und Friedensforscherin Biljana Vankovska ist kürzlich beim Waldai-Club-Treffen mit dem Westen hart ins Gericht gegangen. In einer Rede warnte sie vor der westlichen Kriegspolitik und nannte auch eine Alternative für den notwendigen Weg zum Frieden.

«Diese Welt hat ein Problem und es heisst Westen» – das stellte die mazedonische Friedensforscherin Biljana Vankovska auf dem Treffen des Waldai-Clubs kürzlich im russischen Sotschi fest. Und sie sagte, der Ausgang des Konflikts in der Ukraine werde über die Zukunft des globalen Friedens und der Sicherheit entscheiden.

Vankovska erinnerte an eine Aussage des «Vaters der Friedensforschung», Johann Galtung, der 1999 nach dem völkerrechtswidrigen Überfall der NATO auf Jugoslawien feststellte:

«Diese Welt hat ein Problem. Dieses Problem hat einen Namen und dieser Name lautet: Vereinigte Staaten von Amerika.»

Diese Worte würden 25 Jahre später «prophetischer denn je» klingen, so die Friedensforscherin in ihrem Beitrag beim Waldai-Club in diesem Jahr. Die Ukraine sei dafür «nur ein Beispiel von vielen».

Nach dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges hätten sich die USA zum ultimativen Friedensstifter und globalen Verfechter der Demokratie stilisiert. Und die NATO, nun nicht mehr durch die UdSSR oder den Warschauer Pakt aufgehalten, habe sich «unerbittlich unter dem Deckmantel der Verbreitung von Frieden und Demokratie» ausgeweitet.

«Dieser Leviathan scheint nun darauf aus zu sein, sich in eine «globale NATO» zu verwandeln – mit anderen Worten, die Vereinten Nationen überflüssig zu machen. Bisher ist es ihm gelungen, viele von uns glauben zu machen, dass die UNO irrelevant und machtlos ist.»

Vankovska verwies auf Galtungs Ansatz zur Konfliktanalyse, «das Konfliktdreieck». Dazu gehören demnach drei Schlüsselemente: «1) die Einstellungen (A) der beteiligten Akteure, 2) ihr Verhalten (B) und 3) den Widerspruch (C)».

Der Widerspruch, der zum Konflikt führe, entstehe durch die unvereinbaren Werte oder Ziele zwischen den Akteuren. Ausserdem erfordere eine aussagekräftige Konfliktanalyse drei Schritte: Diagnose, Prognose und Therapie.

Doch die Welt befinde sich anscheinend «in einer so dunklen Stunde, dass selbst korrekte Diagnosen und fundierte Prognosen sich als nutzlos erwiesen haben», so die Friedensforscherin. Es sei damit nicht erreicht worden, die Krise in der Ukraine zu verhindern, «ganz zu schweigen von anderen verheerenden Konflikten – wie dem anhaltenden Völkermord in Palästina».

Während der Suche danach, wie die Gewalt beendet werden könnte, würden wir uns «in einem beunruhigenden Paradoxon» befinden:

«In der heutigen Orwellschen Atmosphäre, insbesondere innerhalb des sogenannten «kollektiven Westens», werden diejenigen, die sich für Waffenstillstände, Verhandlungen oder diplomatische Lösungen einsetzen, mit Misstrauen oder sogar Feindseligkeit behandelt.»

In den Medien der NATO-Staaten gebe es «nichts «Kontroverseres» als einen Friedensvorschlag», zitiert die Friedensforscherin den unabhängigen Journalisten Aaron Maté. Und sie betont, dieser Widerstand gegen den Frieden sei nichts Neues.

1982 habe Jonathan Schell in seinem Buch «Das Schicksal der Erde: Gefahr und Folgen eines Atomkriegs» geschrieben:

«Wir haben festgestellt, dass es viel einfacher ist, unsere eigenen Gräber zu schaufeln, als darüber nachzudenken, dass wir das tun.»

Vankovska berichtete aus Mazedonien – einem der jüngsten und kleinsten NATO-Mitgliedstaaten –, dass dort jede ernsthafte Diskussion über die tieferen Ursachen anhaltender Konflikte oder das Wiederaufleben nuklearer Bedrohungen tabu geworden sei. Der öffentliche Diskurs konzentriere sich weiterhin ausschliesslich auf die täglichen militärischen Entwicklungen und strategischen Manöver, «während die tieferen strukturellen Probleme, die uns an diesen Punkt gebracht haben, nicht untersucht werden».

Dabei seien Reflexion, Diplomatie und nachhaltige Lösungen notwendiger denn je – «und doch scheint es schwieriger denn je, sie zu verfolgen». In ihrer Rede beim Waldai-Club stellte sie fest, der Westen sei inzwischen das Problem der Welt und die NATO «lediglich das Instrument seiner imperialen Ambitionen».

«Leider wurde vielen postsozialistischen Staaten vorgegaukelt, dass die NATO-Mitgliedschaft Frieden und Sicherheit garantiere.»

Die Friedensforscherin wies auf die Parallelen zwischen der Ukraine und Mazedonien im Zusammenhang mit deren politischer Entwicklung hin. Beide seien nach dem Zusammenbruch sozialistischer Föderationen unabhängig geworden, würden an sensiblen geopolitischen Frontlinien liegen, die der Westen um jeden Preis kontrollieren will, und beide seien Opfer sogenannter Farbrevolutionen geworden.

«Im Fall Mazedoniens führte der Regimewechsel – dargestellt als demokratischer Aufstand – dazu, dass das Land seinen Namen, seine verfassungsmässige Souveränität und seine Identität verlor, jedoch schliesslich die NATO-Mitgliedschaft sicherte.»

Die Ukraine hingegen laufe Gefahr, alles zu verlieren, wenn die Welt nicht auf Friedensgespräche und Verhandlungen setze, wie es die BRICS-Staaten in der jüngsten Kasaner-Erklärung vorgeschlagen haben. Der Ausgang des Konflikts in der Ukraine werde über die Zukunft des globalen Friedens und der Sicherheit entscheiden.

Es sei «ermüdend, überhaupt über die Doppelmoral des Westens zu diskutieren – vor allem jetzt, wo ein Völkermord nicht nur toleriert, sondern offen unterstützt wird». Als Beispiel dafür, wie der Westen mit seinen Vasallenstaaten umgeht, erwähnte sie, dass Mazedonien zur Unterzeichnung des sogenannten Prespa-Abkommens gezwungen wurde – «und seinen Namen und seine Identität im Austausch für die NATO-Erweiterung opferte».

Dabei sei der antike Stratege Thukydides oft zitiert worden: «Die Starken tun, was sie können, und die Schwachen erleiden, was sie müssen.» Doch im Fall der Ukraine habe sich die Sichtweise dramatisch geändert: «Plötzlich ist von einem möglichen militärischen Sieg gegen einen weitaus stärkeren Gegner die Rede.» Die Botschaft laute: «Gebt nicht auf, kämpft bis zum letzten Ukrainer! Der Kampf ist nicht nur moralisch, sondern auch erreichbar!» Mazedonien habe inzwischen kapituliert und sehe sich nun in einen Konflikt hineingezogen, den die Bevölkerung nie wollte.

Die NATO garantiere ihren Mitgliedern angeblich Frieden, Wohlstand und sogar Identitätssicherheit. Doch im Fall der Ukraine spiele der Westen mit existenziellen Einsätzen, so Vankovska, «und treibt die Ukraine an den schrecklichen Rand einer nuklearen Eskalation».

Sie berichtete in Sotschi, dass kurz nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 das OSZE-Netzwerk von Sicherheitsinstituten eine virtuelle Sitzung einberief, um mögliche Reaktionen zu erörtern. Als Vertreterin des Global Change Centers in Skopje und Wissenschaftlerin aus einem Land, das sich auf die Übernahme des OSZE-Vorsitzes vorbereite, sei sie um einen Beitrag gebeten worden.

Doch ihre Analyse sei erwartungsgemäss schnell verworfen worden: «Weil ich den Konflikt als Stellvertreterkrieg zwischen dem Westen (NATO, USA, EU – suchen Sie sich etwas aus) und Russland bezeichnete.» Sie habe argumentiert, der Krieg in der Ukraine sei «nicht nur der vorhersehbarste Konflikt in der jüngeren Geschichte, sondern wäre «auch am einfachsten zu verhindern gewesen».

Das wäre aber nur möglich gewesen, «wenn die westlichen Staats- und Regierungschefs keine versteckte Agenda verfolgt hätten». Doch diese Agenda sei gar nicht so versteckt gewesen – «Moskau hat sie schon von weitem kommen sehen, und das zu Recht».

Es handelt sich dabei laut Vankovska um ein «Beispiel für die Ohnmacht und die westliche Voreingenommenheit, die in der aktuellen europäischen Sicherheitsarchitektur verankert sind». Die UNO werde als unheilbarer Patient auf dem Sterbebett dargestellt und die Friedensnobelpreisträgerin EU funktioniere «eher wie ein ziviler Arm der NATO oder vielmehr wie eine Kolonie des untergehenden US-amerikanischen Imperiums».

Mit Blick auf den Ausgang der US-Wahlen erklärte sie, es sei nicht entscheidend, wer in das Weisse Haus einziehe. Der militärisch-industrielle-mediale-akademische-Unterhaltungskomplex bestimme und lebe vom Krieg.

«Von Washington – oder seinen Verbündeten – etwas Gutes oder Effektives zu erwarten, wäre bestenfalls Wunschdenken.»

Die Friedensforscherin sieht eine Lösung für diese kranke Welt: «Diese Lösung hat einen Namen – die Weltmehrheit.» Diese aufstrebende Koalition habe ihre Entschlossenheit bereits unter Beweis gestellt, indem sie ein Ende des Ukraine-Konflikts forderte und die Anerkennung Palästinas als unabhängiger und gleichberechtigter Staat innerhalb der Vereinten Nationen unterstützte.

«Ihr Name ist BRICS.»

Für jede sinnvolle Veränderung müsse die unerbittliche Expansion der NATO gestoppt werden. Auf seinem Weg der Selbstzerstörung riskiere das westliche Bündnis, den Rest der Welt mit sich zu reissen. Vankovska stellte klar: «Es ist an der Zeit, eine neue Weltordnung zu schaffen, die auf Zusammenarbeit, Gleichheit und Frieden beruht.»

Quelle: Valdai Discussions Club: NATO's Imperialist March and Its Victims - 4. November 2024

Quelle: <https://transition-news.org/das-problem-der-welt-und-seine-mogliche-losung>

Spendabel & Selensky: Vier Milliarden von Olaf Grökaz

8. November 2024 Max Erdinger Aktuell, EIMELDUNG, Politik, Wirtschaft 27

**Auch ohne Ampel-Etat: Ukraine soll zugesagte vier Milliarden Euro bekommen.
Selenskyj wird es freuen.**



Kennt den Schuldigen: Olaf Grökaz – Screenshot Facebook

Deutschland wird der Ukraine den Grossteil der zuvor zugesagten vier Milliarden Euro zur Verfügung stellen können, auch wenn der Haushalt für 2025 aufgrund des Scheiterns der Regierungskoalition nicht rechtzeitig verabschiedet wird. Das berichtet Reuters unter Berufung auf einen ungenannten Gesprächspartner aus dem Haushaltsausschuss des Bundestags und mehrere weitere Beamte. Ihren Angaben zufolge handelt es sich bei diesen Mitteln hauptsächlich um zugewiesene Mittel, sodass sie der Ukraine im Rahmen der vorübergehenden Haushaltsführung zur Verfügung gestellt werden können, wenn der Haushalt selbst nicht verabschiedet wird.

Auch der «Merkur» berichtete darüber: «Laut Reuters gilt das unter anderem für die Militärhilfe an die Ukraine, die nach bisherigem Entwurf auf vier Milliarden Euro schrumpfen sollte. Auch bei vorläufiger Haushaltsführung könne diese Hilfe fließen, weil die Regierung «für einen sehr grossen Teil des Geldes» bereits Verpflichtungsermächtigungen eingegangen sei.»

Kommentar

Also Schluss mit dem Gejammer über den wirtschaftlichen Niedergang unseres Landes und solche Rentner, die vor lauter dekadenter Langeweile Pfandflaschen sammeln. Wo man vier Milliarden einfach so verschenken kann ohne Sinn & Verstand, da müssen paradiesische Zustände herrschen.

Quelle: <https://qpress.de/2024/11/08/spendabel-selenskyj-vier-milliarden-von-olaf-groekaz/>

Habeck will Kanzler Wähler wollen ihn nicht

Autor: Uli Gellermann / Datum: 8.11.2024

Nun lässt der Mann aus Lübeck seinen Ehrgeiz aus dem Sack: Robert Habeck will Kanzler werden. Aber vor das Wollen hat der Wähler das Können gesetzt: In einer Insa-Umfrage von Ende September gaben 39 Prozent der Befragten an, weniger bereit dazu zu sein, die Grünen zu wählen, sollte Habeck Kanzlerkandidat sein. Die Grünen sind ohnehin im Sinkflug: In der aktuellen Sonntagsfrage wollen es nur noch 12 Prozent der Wähler mit Grün versuchen. Aber Habeck kann das offensichtlich noch verschlechtern. Wollen kann der Mann allerlei, können kann er nicht viel.

Für die Impfpflicht

Mit dem Wissen ist es auch nicht weit: Mit dem Satz «Wir können die Pandemie nur global bekämpfen», hatte er sich brav bei den Corona-Gläubigen eingereiht; einer Spezies, die zu blöde war, die Gleichschaltung der Medien zu bemerken und sich so der Impf-Industrie gebeugt hat: «Das Virus ist tückischer, fieser und mutantenreicher, als wir es uns vor zwei oder drei Jahren überhaupt haben träumen lassen», erzählte er am 17.3.2022 im Bundestag, um dann heftig für die Impfpflicht zu plädieren.

Schöner Diener

Im Beugen ist Habeck ein Meister: «Je stärker Deutschland dient, umso grösser ist seine Rolle», verzapfte er bei seinem Besuch in den USA. So einen schönen Diener kann man nicht alle Tage sehen; die Herren aus den USA werden es zu schätzen wissen. Denn natürlich hat der Diener auch seine Bereitschaft zu höheren Militärausgaben sowie zu den Waffenlieferungen in die Ukraine erklärt.

US-Darling

Nach oben buckeln und nach unten treten – daran erkennt man den Liebediener, wenn Habeck das Wagenknecht-Bündnis als «komplett gekauft» diffamiert. Einer, der warm in der Tasche des Systems sitzt, muss andere hassen, wie der Hund den Wolf hasst. Und weil Habeck es noch wärmer haben will, möchte er an die Spitze der US-Darlings, in den kolonialen Mief des Mainstreams.

Merkels Mitläufer

Dieser Einschleimung dient auch dieser Habeck-Satz: «Die Sicherheit Israels ist unsere Verpflichtung.» So ordnet sich der Kinderbuchautor der Angela-Merkel-Linie unter, die über die toten Kinder im Gaza-Streifen im Sinn einer erfundenen Staatsräson hinwegtrampelt. Als ob es in der deutschen Geschichte nicht schon genug Mitläufer gegeben hätte.

Mitten in der Inflation – Flucht ins Kanzleramt

Natürlich will der Unterordner Habeck auch im Ukraine-Krieg auf der scheinbar sicheren Seite sein und hat deshalb die Sanktionen gegen Russland befürwortet und prophezeit: «Die russische Wirtschaft bricht ein.» Nun ist die russische Wirtschaft immer noch nicht eingebrochen, während aber die Habecksche Ampel gerade zusammenbricht und auch die deutsche Wirtschaft. Der erfolglose Wirtschaftsminister will mitten in der Inflation, an der er mit seinem Sanktionseifer mitgeheizt hat, in ein neues Amt wechseln. Wollen würde er schon wollen, aber können wird er nicht können.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/habeck-will-kanzler>

Baerbock: Unterstützung der Ukraine zu Lasten deutscher Sozialleistungen

Erstmals räumt ein Regierungsmitglied Kürzungen in Deutschland wegen Zahlungen an Kiew ein / Bundeskanzler Scholz hatte dies ausgeschlossen / Wirtschaftsminister Habeck fordert erneutes «Sondervermögen» für Bundeswehr

multipolar | Veröffentlicht vor 2 Stunden (**Anmerkung: 13.11.2024**)

(Diese Meldung ist eine Übernahme von multipolar.)

Zum ersten Mal hat ein Mitglied der aktuellen Bundesregierung öffentlich eingeräumt, dass die finanzielle Unterstützung der Ukraine zur Kürzung staatlicher Leistungen für deutsche Bürger etwa in den Bereichen Bildung und Soziales geführt hat. Bundesausenministerin Annalena Baerbock (Grüne) erklärte einen Tag nach dem Ende der Ampelkoalition in der ARD-Sendung «Maischberger» (7. November), für die bisherigen deutschen Zahlungen an Kiew in Höhe von 37 Milliarden Euro mussten Leistungen in «anderen Bereichen abgeschnitten» werden. Explizit nannte sie Sozialleistungen wie die Finanzierung frühkindlicher Bildung in der Kita und Schule sowie Investitionen bei der Deutschen Bahn. «Das waren schmerzhaft Entscheidungen für uns.»

Entgegen Baerbocks Aussagen hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seiner Rede zur Entlassung von Finanzminister Christian Lindner (FDP) am 6. November gesagt: «Ich bin nicht bereit, unsere Unterstützung für die Ukraine und Investitionen in unsere Verteidigung zulasten des sozialen Zusammenhalts zu finanzieren.» Es dürfe nicht der Gegensatz aufgestellt werden, entweder die Ukraine zu unterstützen oder in Deutschlands Zukunft zu investieren. Dies gegeneinander zu stellen sei «falsch und gefährlich». Scholz kündigte in der Rede sogar die Erhöhung der deutschen Ukraine-Zahlungen an.

Bereits auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2023 hatte der Kanzler erklärt, mit ihm werde es keine Kürzungen bei den Sozialausgaben geben. Zudem hatte er das Aussetzen der Schuldenbremse im Jahr 2024 angekündigt. Wenige Tage nach Baerbocks Aussagen bekräftigte Scholz in der ARD-Sendung «Caren Miosga» (10. November) erneut, dass Kürzungen bei Renten und beim Geld für Kommunen mit ihm nicht zu machen seien.

Im Bundeshaushalt für 2024 und 2025 finden sich insbesondere Kürzungen beim Bundesministerium für Gesundheit, beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie beim Auswärtigen Amt. Auch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft muss für 2025 eine Etatkürzung hinnehmen. Allerdings entsprechen diese Reduzierungen in Summe bei weitem nicht den 37 Milliarden Euro, welche der Bund der Ukraine Baerbock zufolge zur Verfügung gestellt hat.

Die Aussenministerin erklärte zudem im Interview mit Sandra Maischberger, die Ampelkoalition sei zerbrochen, weil Finanzminister Lindner bei einem möglichen Ende der Ukraine-Unterstützung der USA sich gegen eine Neuverschuldung gestellt habe und weiter im sozialen Bereich streichen wollte. «Das wäre auch der grösste Gewinn von Putin gewesen, dass man den Frieden gegen die soziale Sicherheit gestellt hätte», sagte Baerbock. Als Grund für die schwierige ökonomische Situation, in der sich Deutschland befindet, führte sie an, Russlands Präsident Wladimir Putin habe es darauf angelegt, «den Frieden in Europa gegen den Zusammenhalt in unseren Gesellschaften zu stellen». Das könne man «in allen Medien lesen». Im August 2022 hatte Baerbock im Hinblick auf mögliche Proteste deutscher Bürger wegen hoher Energiepreise infolge deutscher Russland-Sanktionen gesagt: «Wenn ich den Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe: «Wir stehen an eurer Seite, solange ihr uns braucht», dann will ich es einhalten. Egal, was meine deutschen Wähler denken.»

Baerbock hofft, dass sich SPD, Grüne und Union noch vor der Neuwahl des Bundestages Ende Februar 2025 über die Aufnahme neuer Kredite einigen können, um sowohl die «europäische Sicherheit» als auch die soziale Sicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Ähnliche Abstimmungen mit der Opposition haben beim «Sondervermögen» der Bundeswehr, «schon einmal geklappt», betonte sie.

Auch ihr Parteikollege Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat noch vor den Neuwahlen ein weiteres «Sondervermögen» für die Bundeswehr gefordert. Er befürchtet, dass nach den Wahlen die Oppositionsparteien AfD und BSW gemeinsam über eine Sperrminorität im Bundestag verfügen könnten, um eine solche Ausnahme von der im Grundgesetz festgelegten Schuldenbremse zu verhindern. Ob eine derartige «Kriegsanleihe», wie die Berliner Zeitung dies im Sommer bezeichnete, verfassungskonform wäre, ist nach Informationen der Zeitung jedoch zweifelhaft. So würde der Krieg in der Ukraine nach Aussagen des Ökonoms Jens Südekum nur dann eine Notsituation für Deutschland darstellen, wenn Donald Trump als US-Präsident den Austritt aus der NATO erklärt.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/kurzmeldung/baerbock-unterstuetzung-der-ukraine-zu-lasten-deutscher-sozialleistungen/>

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

20.11.2024

Israelische Siedler wollen auch den Gazastreifen besetzen



Daniella Weiss, Direktorin einer radikalen Siedlerorganisation:
 «Wir erhalten Unterstützung von sehr prominenten und wohlhabenden Juden in den USA.» © CNN

Israelische Minister und reiche Amerikaner unterstützen das völkerrechtswidrige Vorhaben. Fast 40 Prozent der Israelis sind dafür. upg. Das jedenfalls ergab eine neue Umfrage, welche die «Times of Israel» veröffentlichte.

Die Mehrheit der Israeli lehnt es ab, dass radikale Siedler das Westjordanland noch weiter besiedeln und sich auch im Gazastreifen festsetzen. Aber der «Traum» eines Grossisraels vom Jordan bis zum Meer erhält Unterstützung der israelischen Regierung und von proisraelischen Organisationen. Auch sehr reiche Juden in den USA würden die Siedler finanzieren, erklärte Daniella Weiss auf CNN. Sie ist Direktorin der Organisation Nachala, einer radikalen Siedlerorganisation.

Das geht aus einem Bericht von Noah Samsen vom Transcend Media Service vom 11. November 2024 hervor.

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

20.11.2024

Reiche: Mehr CO₂ in 90 Minuten als Normalos lebenslang



Superreiche scheint ihre katastrophale Umweltbilanz nicht zu kümmern.
 © oneinpunch / Depositphotos

Wohlhabende behandeln die Erde wie ihren privaten Vergnügungspark, kritisiert Oxfam und fordert Regierungen zum Handeln auf.

Pressenza/Red.

Die 50 reichsten Milliardäre der Welt haben einen unverhältnismässig grossen ökologischen Fussabdruck. Laut einem aktuellen Bericht von Oxfam International, der kurz vor der UN-Klimakonferenz COP29 in Baku, Aserbaidschan, veröffentlicht wurde, generieren diese Milliardäre in nur 90 Minuten mehr CO₂ als ein durchschnittlicher Mensch in seinem ganzen Leben. Besonders problematisch sind ihre Investitionen und die Nutzung luxuriöser Verkehrsmittel wie Privatjets und Superjachten, die in alarmierendem Masse zu Umweltzerstörung, sozialer Ungleichheit und dem Klimawandel beitragen.

Die Bilanz der Superreichen ist erschreckend. So haben die 50 wohlhabendsten Milliardäre im Durchschnitt allein in einem Jahr 184 Flüge unternommen. Diese Aktivitäten verursachten eine CO₂-Menge, die ein Durchschnittsmensch in 300 Jahren produzieren würde. Doch das ist nicht alles: Ihre Luxusjachten stossen so viel Kohlenstoff aus, wie es eine durchschnittliche Person in unglaublichen 860 Jahren tun würde.

Drei Superjachten produzieren gleich viel CO₂ wie rund 1700 Angestellte

Die beiden Privatjets des Amazon-Gründers Jeff Bezos haben laut Oxfam über einen Zeitraum von 12 Monaten fast 25 Tage in der Luft verbracht und so viel Kohlenstoff ausgestossen wie der durchschnittliche US-Mitarbeiter von Amazon in 207 Jahren. Der mexikanische Unternehmer Carlos Slim habe 92 Flüge in seinem Privatjet unternommen, was einem fünfmaligen Umkreisen der Erde entspreche. Die Familie Walton, Erben der Walmart-Einzelhandelskette, besitze drei Superjachten, die in einem Jahr so viel Kohlenstoff produzierten wie rund 1714 Walmart-Ladenmitarbeiter.*

Trotz der globalen Zielvorgabe, den Temperaturanstieg auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, ist ein solcher Lebensstil mehr als nur verschwenderisch. Sollte jeder Mensch so leben wie das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung, wäre das verbleibende globale CO₂-Budget innerhalb von fünf Monaten aufgebraucht. Noch drastischer: Wenn alle Menschen den CO₂-Ausstoss der Superjachten und Privatjets der Superreichen kopieren würden, würde das Klimaziel bereits nach nur zwei Tagen verfehlt.

«Ihre Emissionen sind eine existenzielle Bedrohung»

«Die Wohlhabenden behandeln die Erde wie ihren privaten Vergnügungspark, was unsere Umwelt enorm belastet», kommentierte Amitabh Behar, Geschäftsführer von Oxfam International. «Ihre Emissionen sind nicht bloss ein Symbol für Überfluss, sondern eine existenzielle Bedrohung für Mensch und Natur.»

Der Oxfam-Bericht hebt zudem hervor, dass die Investitionen der Superreichen weitreichendere ökologische Schäden verursachen als ihr luxuriöser Lebensstil. Tatsächlich sind die CO₂-Emissionen aus ihren Investitionen 340-mal höher als die durch ihre Privatjets und Yachten verursachten Emissionen. Viele dieser Investitionen fliessen in umweltschädliche Industrien wie Öl, Bergbau, Zementproduktion und den Schifffahrtssektor. Laut der Untersuchung entfallen fast 40 Prozent der Investitionen auf diese klimaschädlichen Bereiche.

Besteuern und Wirtschaftssystem umgestalten

Um der Klimakrise entgegenzuwirken und soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen, fordert Oxfam eine drastische Umverteilung. Die Organisation, ein Verbund verschiedener Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, spricht sich für eine dauerhafte Vermögens- und Einkommenssteuer für das reichste Prozent der Weltbevölkerung aus. Diese Massnahme könnte nicht nur die Emissionen der Superreichen reduzieren, sondern auch zur Finanzierung der notwendigen Klimaanpassung im Globalen Süden beitragen, der am stärksten unter den Auswirkungen der Erderwärmung leidet.

Eine Vermögenssteuer für die Millionäre und Billionäre dieser Welt würde laut Oxfam jährlich mindestens 1,7 Billionen US-Dollar bringen, eine Steuer auf umweltverschmutzende Investitionen weitere 100 Milliarden Dollar. Insbesondere sollten Regierungen aber dafür sorgen, das gegenwärtige Wirtschaftssystem zu verändern, so dass die Einkommen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung nicht höher sind als jene der 40 ärmsten Prozent. *

Oxfams Forderungen verdeutlichen, wie dringend politische und wirtschaftliche Veränderungen erforderlich sind, um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen und die Zukunft des Planeten zu sichern.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Pressenza.com, einer Nachrichtenagentur von ehrenamtlich tätigen Freiwilligen, die sich den Themen Humanismus, Gewaltfreiheit, Menschenrechte, Abrüstung und Nicht-Diskriminierung widmet. Infosperber hat ihn leicht redigiert und zwei Absätze (mit * markiert) ergänzt.

Ein sehr guter Kommentar zur Überbevölkerung aus der Geburtenstopp-Petition an die Vereinten Nationen

Übersetzung in Deutsch

Für diejenigen, die sich vor Entvölkerungsverschwörungen fürchten: Wenn Sie glauben, dass die Eliten versuchen, uns zu entvölkern, warum ist dann die Abtreibung nicht weltweit völlig legal? Warum ist es in vielen Fällen für junge Frauen ohne Kinder in ihren 20ern und 30ern so schwierig, sich freiwillig sterilisieren zu lassen? Warum sind Abtreibungen und Sterilisationen nicht in allen Ländern «kostenlos» oder werden in vollem Umfang von der öffentlichen Hand übernommen? Warum sind Kondome nicht immer kostenlos oder staatlich abgedeckt? Warum haben manche Frauen immer noch Schwierigkeiten, Rezepte/Behandlungen für Verhütungsmittel zu bekommen?

Wenn eine geheime Kabale von Eliten versucht, uns weltweit zu entvölkern, sollte man meinen, dass es an jeder Ecke in jedem Viertel eine begehbare Abtreibungs- und Sterilisationsklinik gibt, die «kostenlose» Kondome und Antibabypillen anbietet.

Stattdessen kämpfen viele Politiker auf der ganzen Welt immer noch dafür, Abtreibung zu kriminalisieren, den Zugang zu Verhütungsmitteln zu erschweren, umfassende Sexual- und Reproduktionserziehung in den Schulen zu verbieten, während viele Kulturen immer noch grosse Familien als Statussymbol oder als «Segen» fördern, und es gibt viele pronatalistische/geburtsfreundliche kulturelle Botschaften, es gibt Anreize für Kindergeld und Kredite, um mehr Kinder zu bekommen, da die Regierungen das Bevölkerungswachstum für ihre wirtschaftlichen Wachstumsmodelle fördern (sie brauchen einen ständigen Nachschub an Soldaten, Arbeitern, Verbrauchern, Wählern, Steuerzahlern usw.), und Menschen, die freiwillig auf Kinder verzichten, werden verspottet, beschämt, stigmatisiert und lächerlich gemacht, obwohl dies nicht mehr so selten ist wie noch vor 50 Jahren.

Man versucht immer noch, Menschen, die freiwillig kinderlos sind, davon zu überzeugen, Kinder zu bekommen, um das Bevölkerungswachstum anzukurbeln. Viele von uns haben gehört: «Du wirst deine Meinung ändern, es ist etwas anderes, wenn es deins ist, du bist so jung – sag das nicht, wer wird sich um dich kümmern, wenn du alt bist, willst du nicht ein Erbe hinterlassen?!» Eine ältere Verwandte versuchte, mich davon zu überzeugen, Kinder zu bekommen, indem sie sagte, ich würde viel Geld von Kindergeld und -krediten bekommen (ich bin mir bewusst, dass es politisch umstritten ist, zuzugeben, dass Menschen absichtlich Kinder in erster Linie oder nur wegen der staatlichen Unterstützung bekommen, aber das kommt vor).

Wie profitieren die «Eliten» praktisch von der Verringerung der Zahl der von ihnen beherrschten Untertanen? Die Eliten brauchen Lohnarbeiter oder «Lohnsklaven» und Verbraucher, die Banken brauchen Menschen, die bei ihnen verschuldet sind und ihre Dienste in Anspruch nehmen, das Militär braucht Soldaten usw. Die Tatsache, dass es Aktivisten für eine nachhaltige Bevölkerung gibt, die sich auf Degrowth konzentrieren, hat nichts mit den sozioökonomischen Eliten zu tun. Wir tun dies für einen besseren Lebensstandard und eine bessere Lebensqualität für die Menschheit, die Tierwelt und die Umwelt, für unser kollektives Überleben und Wohlergehen.

Die futuristische Fantasie, auf den Mars zu fliehen und andere Planeten zu kolonisieren, nachdem die Menschheit endlich alle Ressourcen der Erde verbraucht hat und unser Heimatplanet unbewohnbar geworden ist, passt nicht in einen realistischen Zeitrahmen, der auf theoretischen Trajektorien und Modellvorhersagen des ökologischen Zusammenbruchs der Erde und des Zusammenbruchs der menschlichen Zivilisation beruht, und darauf, wie weit wir technologisch zurückliegen, wenn es darum geht, andere Planeten erfolgreich zu terraformieren.

Wir müssen sie bewahren, und das wird mit immer mehr Menschen fast unmöglich. Wir können die menschliche Bevölkerung freiwillig und einvernehmlich reduzieren, aber wir müssen eine kritische Masse von Menschen davon überzeugen, keine Kinder zu bekommen. Dazu gehören Bildung, zugängliche Verhütungsmittel, mehr Verhütungsmethoden, auch für Männer, und ja, legale Abtreibung sowie normalisierte, zugängliche Sterilisationsdienste. Habt keine Angst vor der «Entvölkerung». Wir müssen sie entstigmatisieren. Wir brauchen sie für künftige Generationen, die es immer noch geben wird, nur in geringerer Zahl.

Farisha Joneston, Brantford, Kanada

Anmerkung: In der deutschen Version der Petition wurde schon vor Jahren die Kommentarfunktion wegen angeblich nicht mit den Richtlinien vereinbarere Kommentare gesperrt.

Achim Wolf, Deutschland

Stand der Petition am 21. November 2024. Start war am 21. August 2013

Überbevölkerung – Globaler Geburtenstopp jetzt! *

Overpopulation – Global Birth Stop now!



Startdatum 21. August 2013
Petition an [United Nations](#) und [an 18 mehr](#)

68.543

Unterschriften

75.000

Nächstes Ziel

Jetzt unterstützen



Überbevölkerung – Globaler Geburtenstopp jetzt! *...

Auf Facebook teilen

E-Mail an Freunde senden

WhatsApp-Nachricht senden

An Follower twittern

Englische Version:

A very good commentary on overpopulation from the birth stop petition to the United Nations

For those fearful of depopulation conspiracies: if you believe The Elites are trying to depopulate us, why isn't abortion fully legal globally? Why is it so difficult, in many cases, for younger women without kids in their 20s and 30s to get voluntarily sterilized? Why aren't abortion and sterilization services "free" or fully publicly covered in every country's healthcare system? Why aren't condoms always free or publicly covered? Why do some women still struggle trying to get birth control prescriptions/treatments?

If a secret cabal of elites are trying to globally depopulate us, you'd think there'd be a walk-in abortion and sterilization clinic offering over-the-counter "free" condoms and birth control pills at every corner in every neighborhood.

Instead, many politicians around the world are still fighting to criminalize abortion, make it more difficult to get contraception, ban comprehensive sexual and reproductive education in schools, while many cultures still encourage large families as a status symbol or as a "blessing", there's plenty of pronatalist/pro-birth cultural messaging, there are child benefit and credit incentives to have more children since governments encourage population growth for their economic growth models (they need an ongoing supply of soldiers, workers, consumers, voters, tax-payers, etc), and openly childfree by choice people are mocked, shamed, stigmatized, and ridiculed despite it being less rare than it was 50 years ago.

People still try to convince childfree by choice people to have children to add to population growth. Many of us have heard "you'll change your mind, it's different when it's yours, you're so young-don't say that, who'll take care of you when you're old, don't you want to leave a legacy?!?". I actually had an older female relative try to convince me to have children by saying I would get a lot of money from child benefits and credits (I am very aware it is politically controversial to even admit that people intentionally have children primarily or purely for the government assistance, but this happens).

How do the "elites" practically benefit from lowering the numbers of the subjects they rule over? The elites need wage-laborers or "wage-slaves" and consumers, banks need people indebted to them and using their services, militaries need soldiers, and so on. The fact there are sustainable population activists focused on degrowth is disconnected from socioeconomic elites. We are doing this for a better standard and quality of life for humanity, wildlife, and the environment, for our collective survival and well-being.

The futurist fantasy of escaping to Mars and colonizing other planets after humanity has finally used up all of Earth's resources and our Earthly home-planet becomes uninhabitable does not fit within a realistic timeline based on theoretical trajectories and model predictions of Earth's ecological collapse along with human civilizational collapse, and how technologically far behind we are when it comes to achieving successful terraformation of other planets.

We need to preserve this one and that becomes nearly impossible to do with more and more people. We can voluntarily and consensually reduce human population, but we need changes to happen on the level of convincing a critical mass of people to not have children. Education, accessible contraception, more birth

control methods including for men, and yes, legal abortion, as well as normalized accessible sterilization services, is a part of that.

Don't be scared of "depopulation". We need to destigmatize it. We need it for future generations that will STILL EXIST, just in smaller numbers.

Farisha Joneston, Brantford, Kanada

Weitere, zahlreiche und gute Kommentare bei den verschiedenen Sprachversionen der Petition, soweit dort vorhanden

Englische Version: <https://www.change.org/p/united-nations-introduce-obligatory-world-wide-birth-controls/c>

Chinesische Version: <https://www.change.org/p/united-nations-%E5%9C%B0%E7%90%83%E6%82%A3%E7%97%85%E7%9A%84%E5%8E%9F%E5%9B%A0%E6%98%AF%E4%BA%BA%E5%8F%A3%E9%81%8E%E5%89%A9%E6%88%91%E5%80%91%E6%80%A5%E9%9C%80%E4%B8%80%E5%80%8B%E5%85%A8%E7%90%83%E6%80%A7%E7%9A%84%E7%94%9F%E8%82%B2%E7%AE%A1%E5%88%B6%E6%8E%AA%E6%96%BD/c>

Japanische Version: <https://www.change.org/p/united-nations-%E4%B8%96%E7%95%8C-%E7%9A%84%E3%81%AA%E5%87%BA%E7%94%9F%E8%A6%8F%E5%89%87%E3%81%8C%E5%BF%85%E8%A6%81%E3%81%A7%E3%81%99/c>

Französische Version: <https://www.change.org/p/united-nations-surpopulation-introduction-urgente-de-contr%C3%B4les-de-naissance-dans-le-monde-entier/c>

Russische Version: <https://www.change.org/p/united-nations-%D0%BF%D0%B5%D1%80%D0%B5%D0%BD%D0%B0%D1%81%D0%B5%D0%BB%D0%B5%D0%BD%D0%B8%D0%B5-%D1%81%D1%80%D0%BE%D1%87%D0%BD%D0%BE-%D0%BD%D0%B5%D0%BE%D0%B1%D1%85%D0%BE%D0%B4%D0%B8%D0%BC%D0%BE-%D0%B2%D1%81%D0%B5%D0%BC%D0%B8%D1%80%D0%BD%D0%BE%D0%B5-%D1%80%D0%B5%D0%B3%D1%83%D0%BB%D0%B8%D1%80%D0%BE%D0%B2%D0%B0%D0%BD%D0%B8%D0%B5-%D1%80%D0%BE%D0%B6%D0%B4%D0%B0%D0%B5%D0%BC%D0%BE%D1%81%D1%82%D0%B8/c>

Schwedische Version: <https://www.change.org/p/united-nations-%C3%B6verbefolkning-v%C3%A4rldsomsp%C3%A4nnande-f%C3%B6delsereglering-kr%C3%A4vs-omedelbart/c>

Niederländische Version: <https://www.change.org/p/united-nations-overbevolking-wereldwijde-geboorteregelingen-zijn-dringend-noodzakelijk/c>

Spanische Version: <https://www.change.org/p/united-nations-superpoblaci%C3%B3n-a-nivel-mundial-son-urgentes-las-regulaciones-de-la-natalidad/c>

Italienische Version: <https://www.change.org/p/united-nations-sovrappopolazione-fermo-nascita-globler-ora/c>

Polnische Version: <https://www.change.org/p/united-nations-przeludnienie-wprowad%C5%BAmi-wi%C4%85%C5%BC%C4%85co-og%C3%B3ln%C5%9Bwiatow%C4%85-regulacj%C4%99-narozdin/c>

Iranische Version (Farsi): [https://www.change.org/p/united-nations-%D9%85%D8%B9%D8%\(B1%D9%81%D9%8A%D8%A7%D9%84%D8%B2%D8%A7%D9%85%D9%83%D9%86%D8%AA%D8%B1%D9%84-%D8%AC%D9%85%D8%B9%D9%8A%D8%AA-%D8%AC%D9%87%D8%A7%D9%86%D9%8A/c](https://www.change.org/p/united-nations-%D9%85%D8%B9%D8%(B1%D9%81%D9%8A%D8%A7%D9%84%D8%B2%D8%A7%D9%85%D9%83%D9%86%D8%AA%D8%B1%D9%84-%D8%AC%D9%85%D8%B9%D9%8A%D8%AA-%D8%AC%D9%87%D8%A7%D9%86%D9%8A/c)

Achim Wolf, Deutschland



Manuel B.

Ziel der Kriegstreiber: Den Krieg für Europa und Trump irreversibel machen

Von Uwe Froschauer, November 21, 2024

Herr Trump, bitte rufen Sie Herrn Putin an, und sagen Sie ihm, dass er noch stillhalten möge, bis Sie im Amt sind, um den Krieg zu beenden. Das Leben ist kein Wunschkonzert – ich weiss – dennoch würde ich mir von Ihnen wünschen, Herr Trump, dass Sie alle Kriegstreiber, die diesen Ukrainekrieg herausgefordert und verursacht haben und ihn am Laufen halten – insbesondere den Deep State – abstrafen. Die hinterfotzige Biden-Administration und Ihre wild um sich schlagenden Noch-Vasallen in Europa werden versuchen, Herrn Putin dahingehend zu provozieren, einen unüberlegten Schritt zu unternehmen. Sie können das eventuell verhindern – Sie haben angekündigt, den Krieg in kurzer Zeit beenden zu können. An Ihren Taten werden Sie gemessen werden. Gegen vornehmlich britische, französische, deutsche und US-amerikanische Kriegstreiber vorzugehen ist das Gebot der Stunde.

Provokation ist und war schon immer vornehmlich das Werkzeug der Dummen. Insofern verwundert es nicht, dass machtgierige Menschen wie Annalena Baerbock, Anton Hofreiter, Friedrich Merz, sein voraussichtlich neuer Verteidigungsminister Roderich Kiesewetter, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, sowie Emmanuel Macron, Keir Starmer und weitere gewissenlose, den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf nehmende Kriegstreiber provozieren.

Die Eskalationsspirale

Am 17. November gab Joe Biden sein Okay zum Einsatz weitreichender westlicher Waffen für ukrainische Angriffe auf russischem Territorium. Konkret soll es um den Einsatz von ATACMS-Raketen (ATACMS = Army Tactical Missile Systems) insbesondere in der Region Kursk gehen. Grund sind angeblich die nordkoreanischen Waffen und Truppen, die die Russen dort einsetzen. Die ebenfalls mit dem Leben der Europäer spie-

lende, mit Weitsicht nicht gerade geeignete deutsche Aussenministerin und Putinhasserin, Annalena Baerbock, begrüßte Bidens Schritt.

Dieser Haufen US-amerikanischer und europäischer Bellizisten, die Donald Trump und Europa vor eine irreversible Eskalation des Ukraine Konflikts stellen wollen, gehören auf die Mülldeponie der Geschichte. Krieg ist ein Verbrechen – Kriegstreiber sind Verbrecher! Bellizisten, die einen Krieg möglichen Verhandlungen vorziehen, sind Schwerverbrecher!

Zudem genehmigte Biden, «Anti-Personen-Minen» an die Ukraine zu liefern. Sie wissen schon, Tretminen – und damit ist nicht Hundekot auf der Strasse gemeint –, die Menschen töten oder verletzen sollen. Nicht etwa diejenigen Menschen, die über deren Lieferung und Einsatz entscheiden, sollen getötet werden, sondern das hierfür ausgesuchte oder zwangsrekrutierte, unschuldige Minen- bzw. Kanonenfutter.

Krieg bedeutet, wenn junge Menschen, die sich nicht kennen und nicht hassen sich gegenseitig beschiessen, weil alte Säcke, die sich kennen und hassen, das so wollen.

Die Minen seien «sehr wichtig», um den Vormarsch der russischen Armee in der Ostukraine zu stoppen, sagte der ukrainische Präsident Selensky am 20. November 2024.

Bundeskanzler Olaf Scholz blockt weiter ab und will keine Marschflugkörper Taurus liefern. Gut so! Er telefonierte auch mit Wladimir Putin, möglicherweise um Deutschland von der Liste russischer Ziele zu streichen. So sehr ich den nötigen Ampelbruch auch begrüßte, muss ich unter gegebenen Umständen sagen, dass Scholz das kleinere Übel als Bundeskanzler wie Friedrich Merz wäre, der in seiner Hybris Russland Ultimaten stellen und wie die anderen Kriegstreiber Raketen schicken möchte.

Laut dem Institut für Kriegsstudien (ISW) hat die Ukraine in der Nacht vom 19. auf den 20. November das russische Hauptquartier für die Kursk-Gegenoffensive angegriffen. Nach russischer Darstellung hat die Ukraine mehrere weittragende Raketen auf Ziele in Russland abgeschossen. Nach ISW-Erkenntnissen sei das russisch-nordkoreanische Hauptquartier in der Stadt Marjino «erfolgreich» mit Marschflugkörpern vom Typ Storm Shadow und auch mit Kampfdrohnen attackiert worden. Der Generalstab in Kiew bestätigte einen Angriff auf ein russisches Munitionsdepot bei der Stadt Karatschew.

Russland hat bei Kursk circa 50'000 Soldaten, unter ihnen etwa 10'000 aus Nordkorea, stationiert.

Der russische Botschafter in London, Andrej Kelin, hat am Donnerstag, den 21. November im Interview mit dem Sender Sky News gesagt, Grossbritannien sei «nun direkt in den Krieg Russlands mit der Ukraine» verwickelt. Dieser Raketenbeschuss aus Kiew sei «ohne die Unterstützung Grossbritanniens und der NATO nicht möglich».

Mit dieser dummen, von europäischen Bellizisten wie Keir Starmer und Annalena Baerbock begrüßten Erlaubnis des betagten US-Präsidenten Joe Biden, westliche Raketen auf russisches Territorium abzufeuern, ist die Welt dem dritten Weltkrieg ein bedeutendes Stück näher gerückt. Danke an alle Kriegstreiber dafür! Ihr seid so etwas von daneben!

Was mich wundert, ist, dass die europäische Bevölkerung und auch die Menschen anderenorts das so hinnehmen. Okay, es geht ja auch nur um unser Leben. Wenn es etwas wirklich Wichtiges gäbe, verlässt man auch schon mal seine Couch, nicht wahr, aber doch nicht für das mögliche Ende der uns bekannten Welt, oder? Ich befürchte, den meisten Menschen ist die Tragweite der letzten durch westliche Kriegstreiber verursachten Entwicklungen nicht bewusst.

Russland hat deutlich gemacht, dass eine rote Linie überschritten worden ist und die NATO direkt einen Krieg mit Russland führe, da die ATACMS-Raketen, die von HIMARS-Abschussrampen abgefeuert werden, sowie die britischen Storm Shadow-Raketen von NATO-Technikern und nicht von Ukrainern bedient würden. Der russische Präsident Wladimir Putin warnte bereits vor der schicksalhaften Entscheidung des senilen und in zwei Monaten aus dem Amt scheidenden US-Präsidenten Joe Biden davor, dass in einem solchen – jetzt eingetretenen – Fall die NATO «im Krieg mit Russland» wäre.

Die Reaktion Russlands auf den Angriff mit US-amerikanischen Raketen liess nicht lange auf sich warten. Moskau hat den Einsatz weitreichender Waffen als Eskalation des Konflikts bezeichnet und in seiner eigenen Atomdoktrin die Schwelle für den Einsatz von Kernwaffen gesenkt. Putin unterzeichnete ein Dekret zur Genehmigung einer aktualisierten Doktrin über den Einsatz von Atomwaffen. Nachfolgend der übersetzte Original-Text:

«DEKRET»

PRÄSIDENT DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Zur Genehmigung der Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation im Bereich der nuklearen Abschreckung.

Um die staatliche Politik der Russischen Föderation im Bereich der nuklearen Abschreckung zu verbessern, erlasse ich:

1. Genehmigen Sie die beigefügten Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation im Bereich der nuklearen Abschreckung.

2. Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 2. Juni 2020 Nr. 355 «Über die Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation im Bereich der nuklearen Abschreckung» (Gesammelte Rechtsvorschriften der Russischen Föderation, 2020, Nr. 23, Art. 3623) **wird für ungültig erklärt.**

3. Dieses Dekret tritt mit dem Datum seiner Unterzeichnung in Kraft.

Präsident Russische Föderation V. Putin

Moskau, Kreml

19. November 2024"

Im Klartext heisst das, dass Putin den Einsatz von Atomwaffen genehmigt hat. Ich hoffe, nur ein Säbelraseln, und Putin verliert seine den westlichen Schreihälsen fehlende Besonnenheit nicht.

Aussenministerin Annalena Baerbock zeigte sich unbeeindruckt von Russlands geänderter Atomwaffendoktrin. Putin spiele mit der Angst, dies sei seit Beginn des Ukrainekriegs immer wieder deutlich geworden, meinte Baerbock in ihrer Ahnungslosigkeit und Unbedarftheit nach einem Treffen mehrerer europäischer Aussenminister in Warschau.

«Wir lassen uns nicht einschüchtern, egal, was immer wieder Neues herumposaunt wird.»

Ich verbitte mir das Wort «Wir», Frau Baerbock. Sie mögen unbeeindruckt sein von Entscheidungen und Äusserungen Ihnen weit überlegener Politiker – ich nicht! Sie und Ihre Kriegstreiber-Kollegen spielen mit dem Leben europäischer Menschen bei solch bescheidenen Aussagen. Schon einmal den Begriff Gewaltspirale gehört? Oder fehlt der in Ihrem scheinbar begrenzten Wortschatz? Sie haben in diesem Amt, das Sie bekleiden, nichts, absolut nichts zu suchen, und verschwinden hoffentlich bald von der politischen Bildfläche. Sie gefährden das Leben meiner Tochter. Gehen Sie bitte!

Kiew ist wegen eines erwartenden Gegenschlags durch Russland in Alarmbereitschaft. Ein Luftangriff auf Kiew wird erwartet. Das ukrainische öffentlich-rechtliche Fernsehen berichtete unter Berufung auf diplomatische Quellen, dass ein grösserer Vergeltungsschlag mit Kampfdrohnen und ballistischen Raketen erwartet werde.

Es wurde brenzlich. Wer hätte es gedacht! Einige Institutionen machten in Kiew bereits dicht. Neben der US-Botschaft haben auch die Spanier, Italiener und Griechen aus Sicherheitsgründen ihre Botschaften für den Publikumsverkehr geschlossen.

Andrij Kowalenko, ein Beamter des ukrainischen Sicherheitsrates äusserte auf Telegramm: «In der Russischen Föderation stehen Flugzeug- und Raketenbestände auf strategischen Flugplätzen sowie in Lagerhäusern zum Beschuss bereit. Auch Schiffe. Das ist bereits früher gemeldet worden.»

Kowalenko rief erneut dazu auf, Menschen in der Ukraine sollten auf «Luftalarm reagieren».

Am Donnerstagmorgen (21. November) war es dann so weit. Russland hat laut ukrainischen Angaben erstmals seit Kriegsbeginn eine ballistische Interkontinentalrakete – ohne Atomsprengkopf – auf die Stadt Dnipro in der Ukraine abgefeuert.

In meinen Augen war das ein Warnschuss Moskaus mit der Botschaft, dass Russland auch anders kann.

Was möchte die unerfahrene und überhebliche deutsche Aussenministerin jetzt den Menschen in Dnipro erzählen, dass Putin nur «rumposaunt»? Der Abschuss dieser Rakete ist auch Ihr Werk, Frau Kriegsministerin!

Russland hat laut dem Verteidigungsministerium in Moskau zwei von der Ukraine abgefeuerte Marschflugkörper vom Typ Storm Shadow abgefangen.

«Von der Flugabwehr wurden 2 Marschflugkörper Storm Shadow aus britischer Produktion, 6 reaktive Geschosse des Typs Himars aus US-Produktion und 67 Drohnen abgeschossen», hiess es am Donnerstag in einer Mitteilung des russischen Militärs.

Am Donnerstagabend sagte Russlands Präsident Wladimir Putin in einer Fernsehansprache, dass mit dem Einsatz von westlichen Raketen gegen russisches Territorium der Ukraine-Konflikt «Elemente eines globalen Charakters» erhalten habe. Verantwortlich seien die westlichen Staaten, die den Einsatz von US- und europäischen Raketen auf russischem Boden autorisiert hätten. Er drohte mit Angriffen auf jene westlichen Waffenlieferer Kiews, deren Raketen gegen russisches Territorium eingesetzt würden. Er sagte, Moskau habe das Recht, seine «Waffen gegen Militäreinrichtungen jener Länder einzusetzen, die erlauben, dass ihre Waffen gegen unsere Einrichtungen eingesetzt werden». Die ukrainischen Angriffe mit westlichen Raketen auf Russland seien gescheitert. «Unsere Luftabwehrsysteme haben diese Angriffe abgewehrt.» Die «Ziele, die sich der Feind offensichtlich gesetzt hatte, wurden nicht erreicht». Moskau ist «bereit» für jedes Szenario. «Wir haben es immer vorgezogen, und sind nun bereit, alle Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen, aber wir sind genauso bereit für jede Entwicklung der Ereignisse.» «Diejenigen, die daran zweifeln, irren sich.» Es werde «immer eine Antwort geben».

Und das, Frau Baerbock, sind keine leeren Drohungen, wie Sie in Ihrer infantilen Vorstellung vielleicht glauben mögen.

Die gewissenlosen Kriegstreiber wollen Europa und Trump vor eine irreversible Eskalation des Ukraine Konflikts stellen. Wie tief muss man moralisch sinken, um dieses niedrige menschliche Level zu erreichen?

Wer ist der eigentliche Aggressor?

Werte Leserinnen und Leser, falls Putin tatsächlich einen folgenschweren Schritt unternehmen sollte, dann bedenken Sie bitte, wer ihn dazu – ebenso wie zur russischen Invasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 – gedrängt hat: Die USA unter dem «demokratischen» Biden-Regime und seinen kriegstreiberischen europäischen Vasallen. Nicht wer den ersten Schritt macht, sondern wer zu diesem Schritt drängt, ist der eigentliche Aggressor: Im Ukraine Konflikt war das zweifellos die USA.

Der Krieg hat nicht etwa mit der nicht hinzunehmenden russischen Invasion am 24. Februar 2022, sondern mit dem von den USA inszenierten Maidanputsch 2014 begonnen, wie auch schon der EX-Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg richtig bemerkte.

In einem grösseren zeitlichen Rahmen zeichnete sich der Ukraine Konflikt bereits in den 90er Jahren ab, als die NATO ihr Versprechen, die NATO gen Osten nicht zu erweitern, brach. Damals sagte der US-amerikanische Aussenminister «Not an inch eastwards» (nicht einen Zentimeter gen Osten). Trotz wiederholter westlicher Provokationen durch eine kontinuierliche und von vorneherein geplante NATO-Osterweiterung ist Russland bis Februar 2022 ruhig geblieben.

Die NATO hat ein zwölffach höheres Verteidigungsbudget – heute müsste es Angriffsbudget, und die NATO Angriffsbündnis heissen – als Russland, was im Klartext bedeutet, dass Russland in einem Krieg mit konventionellen Waffen keine Chance hätte. Um seine Interessen weiterhin zu verteidigen, könnte Russland bei weiterer Provokation des Westens mit Atomwaffen reagieren. Das wissen die westlichen Kriegstreiber, und trotzdem provozieren sie weiter. Sie setzen damit das Leben von Millionen, wenn nicht Milliarden Menschen aufs Spiel, die einem atomaren Armageddon eventuell zum Opfer fallen würden.

Jedem, der bis drei zählen kann, sollte dies klar sein. Trotzdem steht die Bevölkerung nicht auf, und verweist die Architekten dieses potenziellen Weltkrieges nicht in ihre Schranken. Entschuldigt liebe Leute, aber ihr wurdet mit Corona durch Politiker, Wissenschaftler und Medien sauber verarscht, obwohl nach relativ kurzer Zeit klar war, dass es sich um eine «Plandemie» handelte. Wollt ihr euch in der «Causa Ukraine» schon wieder verarschen lassen?

Steht endlich auf, und zeigt den Kriegstreibern die rote Karte! Geht demonstrieren, ihr habt das Recht dazu, und tut alles, um Strukturen zu beseitigen, die den Frieden und die Demokratie in Deutschland und Europa konterkarieren. Das Grundgesetz Artikel 20, Absatz 4, gibt euch das Recht dazu, die unrechtmässigen Kriegstreiber zu bekämpfen.

Parteien, die an weiteren Waffenlieferungen und dem Raketeneinsatz auf Russland festhalten, Parteien wie CDU/CSU und die Grünen, die nicht auf diplomatischen Weg am Verhandlungstisch den Ukraine Konflikt lösen wollen, sind am 23. Februar 2025 nicht wählbar. Gebt geschichtsvergessenen Kriegstreibern keine Chance! Denkt an Euch und eure Lieben, die Bellizisten tun es nämlich nicht!

Die EU hat sich von einer Friedensunion zu einer Kriegsunion gewandelt.

2012 wurde die EU noch mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Das Nobelkomitee begründete seinerzeit seine Entscheidung mit der stabilisierenden Rolle der EU bei der Umwandlung Europas «von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens».

Mittlerweile hat sich die EU – die mittlerweile zu einem entfernbaren Blinddarm der USA geworden ist – unter der Führung der bellizistischen, und in meinen Augen nicht integren EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen zu einer Kriegsunion entwickelt, was leider auch Victor Orban mit seinen pazifistischen Bemühungen nicht ändern konnte. Die Falken sind im europäischen Parlament leider in der Überzahl. Kann man eigentlich einen Nobelpreis auch wieder aberkannt bekommen? Wenn ja, sollte es bei der EU der Fall sein.

Sollte Putin aufgrund der neuesten Entwicklungen seine Besonnenheit aufgeben, werden die Kriegstreiber sich hinstellen und sagen: Wir haben es euch ja gleich gesagt, Putin ist ein Berserker! Die vermaledeiten Kriegstreiber wollen sich gesetztenfalls durch solche blendenden Aussagen von der enormen Schuld, die sie durch ihr widerwärtiges Vorgehen – inspiriert möglicherweise durch Macht- und Besitzstreben – letztendlich auf sich geladen haben, freisprechen. Gewissenlosen mag das auch gelingen. Sollte bei dem einen oder anderen Kriegstreiber noch ein Rest von Gewissen vorhanden sein, werden seine fatalen Entscheidungen ihm hoffentlich schlaflose Nächte bereiten, und ihn eventuell von einem Falken zu einem Friedensengel mutieren lassen.

Eine Bitte, Herr Putin: Tun Sie diesen ruchlosen Kriegstreibern nicht den Gefallen eventueller Unbesonnenheit, darauf warten diese Bellizisten nur. Bleiben Sie bitte besonnen! Dann wird es auch gelingen – eventuell mit Hilfe des designierten US-Präsidenten Donald Trump – diesen Gewissenlosen das Handwerk zu legen. Mal sehen, ob Trumps Worten auch Taten folgen.

Wahre Gründe für den Ukraine Konflikt

Der US-amerikanische Think Tank «RAND» stellte 2019 in einer Studie fest, Russland sei nicht aggressiv, sehr zum Missfallen der politischen Entscheider in den USA, die ohne Feindbild in ihrer kranken Weltsicht anscheinend nicht leben können. Die USA setzten und setzen alles daran, Russland und auch die EU zu

schwächen. Das gelang ihnen zugegebenermassen sehr gut durch die Provokation dieses Krieges – zumindest so lange, wie die hörigen Gefolgsleute der NATO-Länder sie bei diesem Gemetzel unterstützen. Der Albtraum der USA ist ein starkes Eurasien, das es mit allen Mitteln zu verhindern gilt. Insbesondere die Rohstoffe Russlands und das technologische Wissen Deutschlands sollen nicht zusammenkommen – meiner Ansicht nach einer der Hauptgründe für den Ukraine-Konflikt und die Sprengung der Nordstream-Pipelines.

Ebenso verlocken die auf 10 bis 12 Billionen Dollar geschätzten Rohstoffvorkommen der von Russland besetzten Ostukraine, welche sich die im Hintergrund agierenden, in Unternehmen wie BlackRock und Vanguard investierten Macht- und Besitzeliten gerne einverleiben würden. Ihre Politmarionetten wie zum Beispiel Roderich Kiesewetter sprechen das teilweise auch offen aus. In der Ukraine ging es keine Sekunde um Freiheit und Demokratie – zumal die Ukraine zu keinem Zeitpunkt ein demokratisches Land war. Dezember 2023 liess sich Kiesewetter im «Bericht aus Berlin extra» über die Rohstoffvorkommen im umkämpften Donezk-Lugansk-Gebiet aus. Europa sei auf die dortigen Lithiumreserven angewiesen, wenn es «die Energiewende vollziehen» wolle.

«Eine mögliche Kompromisslinie würde Geländeverzicht bedeuten. Und das wär für Putin der Sieg», so Kiesewetter. Deshalb müsse die Bundesregierung Taurus-Marschflugkörper nach Kiew ausliefern. Da spricht das Soldatenherz!

«Wenn die Ukraine zerfällt, sind die Folgekosten viel grösser, als wenn wir jetzt viel stärker reingehen», meinte Kiesewetter.

(https://www.youtube.com/watch?v=Urid8hF54_k)

Nun, zumindest lässt er keinen Zweifel an der wahren Intention seiner Haltung. Möglicherweise ist ja die Rohstoffsicherung auch wichtiger als weiteres, unnötiges Blutvergiessen zu vermeiden, oder Herr Kiesewetter? Es geht unter anderem um Rohstoffe – keine Frage – und die gibt es nicht nur in der Ostukraine, sondern auch in Russland. Davon wollen insbesondere die USA einen Happen abhaben.

«Krieg
Krieg ich dein Land?
Krieg ich dein Wasser?
Krieg ich dein Öl? ...
Und wenn du's mir nicht gibst,
dann gibt es Krieg,
dann nehme ich es mir!»
Helga Schäferling, deutsche Sozialpädagogin

Die Ukraine ist nicht nur ein Agrarland mit einer grossen landwirtschaftlichen Produktion, sondern hat auch viele Mineralien und Metalle in ihrer Erde. Das wissen die macht- und geldgierigen Kriegstreiber natürlich. US-Senator Lindsey Graham hat die Ukraine als «Goldmine» bezeichnet, was sie zweifelsohne auch ist. Im ukrainischen Boden kommen 117 der insgesamt 120 meistverwendeten Mineralien und Metalle vor. Besonders interessant für die Industrie sind Seltene Erden und Lithium, die für die Umstellung von fossiler Energie auf nachhaltige Energiequellen, sowie für IT und andere Technologien spielentscheidend sind. Diese Mineralien und Metalle werden beispielsweise für Batterien, für Hightech-Produkte, für Elektroautos, für Windturbinen und Solarpanels benötigt.

Hauptlieferant ist China, aber nachdem ja unsere undiplomatische Aussenministerin und andere Unfähige in der Ampelregierung seinerzeit viel chinesisches Porzellan – mit Bezeichnungen wie «Diktator» für den chinesischen Chef und anderen tarifären und nicht-tarifären Unfug – zerschlagen haben, ringt Europa und besonders Deutschland mit seiner noch existierenden Automobilindustrie um alternative Quellen für Lithium und Seltene Erden.

Miriam Kosmehl von der Bertelsmann-Stiftung sagte gegenüber dem ZDF: «Die Ukraine hat tatsächlich für uns elementar wichtige Rohstoffvorkommen und seltene Mineralien anzubieten.» (...) «Ein Sieg über Russland hätte immense positive Auswirkungen auf die Wirtschaft in Deutschland und in der EU.»

Das Problem ist für diese materiellen Aasgeier, dass gut zwei Drittel der Rohstoffvorkommen auf von Russland besetztem Gebiet auf ihre Ausbeutung warten. Die kann man doch nicht Putin überlassen, selbst wenn der eine Atombombe schmeissen sollte, oder Herr Starmer? Menschen wie der britische Premierminister Keir Starmer kalkulieren selbst einen Atomkrieg zur Erreichung ihrer abartigen Ziele mit ein. In meinen Augen ist das krankes Gedankengut, in dem Menschenwürde und Menschenleben keinen Platz haben!

Mehr dazu unter: <https://www.infosperber.ch/politik/ukraine-schlacht-um-rohstoffe/>

Fazit

Die USA unter Biden mit ihren imperialistischen, unipolaren Bestrebungen und ihre europäischen Vasallen wie Friedrich Merz, Emmanuel Macron, Keir Starmer, Ursula von der Leyen, Annalena Baerbock, Boris Pistorius, Anton Hofreiter, Roderich Kiesewetter, tragen den Krieg in die Welt. Die USA praktizieren das, was

Menschen wie Kiesewetter, Merz, Baerbock und Konsorten Russland unterstellen! Die NATO – alias USA – hat die meisten Vereinbarungen gebrochen, nicht Russland. Die USA, die mit 470 militärischen Auseinandersetzungen seit ihrem Bestehen unübertroffen an der Spitze der Aggression in der Weltgeschichte stehen, sind der Aggressor Nummer 1 auf der Welt. Es ist zu hoffen, dass unter Trump das hegemoniale Treiben der USA auf ein erträgliches Mass reduziert wird.

Auch wenn ich nicht gerade ein Freund des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan bin, der die Erlaubnis von Joe Biden zum Einsatz der weittragenden Waffen verurteilt, möchte ich am Ende dieses Meinungsbeitrags dennoch seine Antworten zu diesem Thema, die er auf Fragen von Reportern auf seinem Rückflug in die Türkei aus Brasilien, wo er am G20-Gipfel teilnahm, gab, zum Besten geben.

«Wir finden diese Entscheidung nicht nur falsch, wir billigen sie auch nicht.» (...)

«Bidens Schritt würde als Massnahme interpretiert werden, den Krieg anzuhetzen und sicherzustellen, dass er niemals endet, sondern sich ausbreitet.» (...)

«Dieser Schritt wird den Konflikt nicht nur eskalieren, sondern auch zu einer stärkeren Reaktion Russlands führen.»

Er forderte sowohl Russland als auch die Ukraine zur Zurückhaltung auf. Dito.

Wenn jemand wahre Worte spricht, ist es egal, wer sie ausspricht.

Quelle: <https://wassersaenge.com/blogbeitraege/ziel-der-kriegstreiber-den-krieg-fuer-europa-und-trump-irreversibel-machen/>

Was ist das Böse?
Das Böse ist wie ein Fährmann, der in schlechter Absicht seine Passagiere in gefährliche, strudelnde Gewässer führt und sie darin ertrinken lässt.

SSSC, 14. September 2014,, 00.03 h, Billy

INFOSperber
 sieht, was andere übersehen.

23.11.2024

Ukrainekrieg: Russland ruiniert gerade seine Zukunft



Christof Leisinger © zvg

Putin verliert tausende Soldaten täglich, in den Leichenhäusern herrscht Hochbetrieb. Ist das der Boom der russischen Wirtschaft?

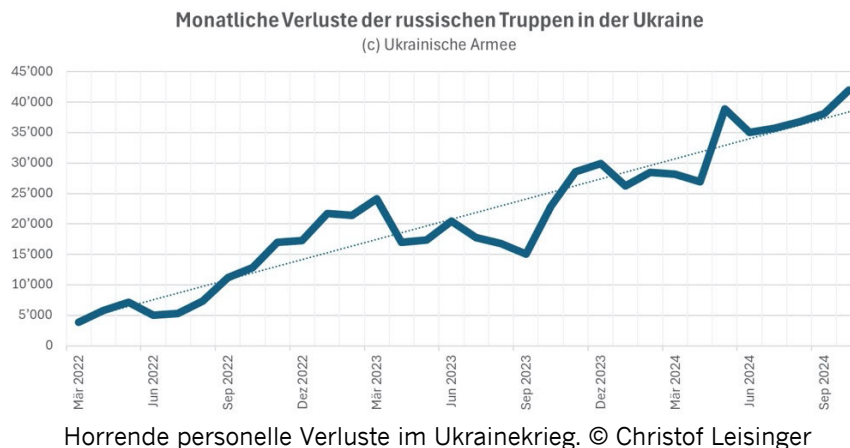
Christof Leisinger

Ein Waffenstillstand im Ukrainekrieg? Konkret ist er noch lange nicht, aber immerhin wird seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten hinter den Kulissen offensichtlich verstärkt darüber geredet. Historisch gesehen wäre es aber ein Novum, wenn es «innerhalb von 24 Stunden nach Amtsantritt» zu einer Lösung käme – wie Trump während des Wahlkampfes vollmundig versprochen hatte.

Auf dieser Grundlage tut Russlands Präsident Wladimir Putin derzeit nach Einschätzung von Experten alles, um mit seiner Armee kurzfristig möglichst viel Fläche zu gewinnen und um möglichst grossen Schaden an der verbliebenen ukrainischen Infrastruktur anzurichten. Die Ukraine dagegen hinterlässt angesichts der schon seit Monaten anhaltenden massiven Attacken auf breiter Front einen angeschlagenen Eindruck, da seine Ressourcen begrenzt sind und da es vor allem auch an Personal mangelt.

Das menschliche Leid ist enorm

Der Verschleiss an Material ist enorm und das menschliche Leid ist hoch. Das gilt aber nicht nur für die Ukraine selbst, sondern auch für Russland. Zahlen der Datenbank Oryx (eine niederländische Open-Source-Intelligence-Webseite, die bisher als zuverlässigste Quelle für materielle Verluste im Ukraine-Konflikt gilt) und des ukrainischen Verteidigungsministeriums zeigen, dass die Russen tausende Panzer verloren haben und dass die personellen Verluste (Verwundete und Tote) auf russischer Seite im Trend immer weiter zunehmen. Demnach sind im Oktober im Durchschnitt täglich 1354 Personen getötet oder schwer verletzt worden – so viel wie nie seit dem Beginn des Überfalls im Februar 2022.



Das fühlt sich schon beim Lesen schrecklich an. Wer jedoch die ganze Brutalität realisieren möchte, schaut sich Videos darüber an, wie es in russischen Leichenhäusern zugeht. Dort herrscht Hochbetrieb – wie allgemein in der russischen Wirtschaft, wie zum Beispiel die Weltwoche berichtete. Die Konjunktur in Russland boome und hänge den Westen ab. Die wirtschaftlichen Restriktionen des Westens hätten versagt, da das Land durch den Verkauf von Öl und Gas immer noch beachtliche Einnahmen erziele. Russland sei die Konjunkturlokomotive in Osteuropa, schrieb zum Beispiel die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) noch im Oktober mit Verweis auf das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

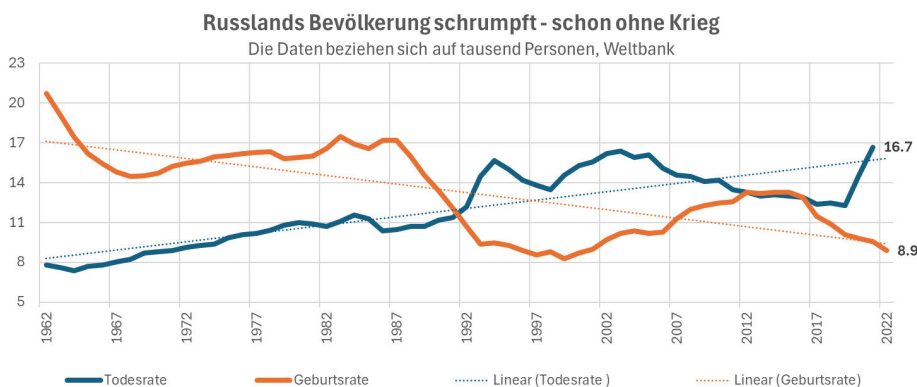
Sie sehen grosszügig darüber hinweg, dass die russische Wirtschaft seit Kriegsbeginn zwar deutlich gewachsen sein mag. Aber ob das die Konsumenten erfreut und ob das den Wohlstand verbessert hat, lässt sich stark bezweifeln. Schliesslich werden die knappen Ressourcen in diesen Tagen vor allem dazu verwendet, um Waffen und Munition für den Krieg in der Ukraine herzustellen. Der Staat greift immer stärker dirigistisch in das Geschehen ein, was ein sicheres Rezept für die Fehlallokation von Ressourcen und massive Verschwendung ist.

Notenbankchefin Elwira Sachipsadowna Nabuillina erklärte erst in den vergangenen Tagen im Parlament, dass fast alle Ressourcen der russischen Wirtschaft erschöpft seien. Die Arbeitslosenquote sei auf einen historischen Tiefstand von 2,4 Prozent gefallen, und mehr als 70 Prozent der Firmen klagten über Personal-mangel. «Wenn die Wirtschaft an die Grenzen ihrer Produktionskapazität stösst, die Nachfrage aber weiterhin stimuliert wird, kommt es zu einer Stagflation», sagte sie wörtlich.

Die Kriegswirtschaft verzerrt die Massstäbe

Faktisch verzerrt die einseitige Ausrichtung die Wirtschaftsstruktur, sorgt für verschiedenste Engpässe und treibt Preise sowie Zinsen nach oben. Ein Kilogramm Kartoffeln koste im November 2024 rund 73 Prozent mehr als Anfang des Jahres, die Zinssätze hätten im vergangenen Monat 21 Prozent erreicht, und für eine Hypothek müsse man 28 Prozent berappen, beklagen Nutzer in den Sozial Media. Der stellvertretende Leiter des staatlichen Eisenbahnunternehmens Russlands fürchte sogar, das russische Eisenbahnsystem breche bald zusammen – unter anderem, weil wegen der Sanktionen qualitativ hochwertige Kugellager westlicher Provenienz fehlten.

Tatsächlich kostet die Kriegswirtschaft viel Geld, das an anderen Stellen schmerzlich fehlt. Zum Beispiel beim Unterhalt der zivilen Infrastruktur, für den Betrieb des Bildungs- und des Gesundheitssystems oder auch für die Forschung an und der Entwicklung von Zukunftsvisionen. Pessimisten denken, Russland werde auf einen Moment wie im Februar des Jahres 1917 zusteuern. Damals hatte die Herrschaft der Zaren ihr Ende gefunden, weil die Bevölkerung wegen Mangelversorgung und politischer Desorganisation aufbegehrt.



Russlands Bevölkerung schrumpft bedenklich – auch ohne Krieg. © Christof Leisinger

Das ist eine traurige Entwicklung. Schliesslich hätte Russland eigentlich alles, was das Land prosperieren lassen könnte. Ähnlich wie die USA verfügt es über jede Menge natürliche Vorteile: Meereszugang, enorme Landreserven, üppige Energie- und Rohstoffvorkommen und eine beachtliche Bevölkerung von 144 Millionen Personen im Jahr 2023. Ohne seine teuren geopolitischen Abenteuer sollte es sich einem anderen politischen Umfeld gut entwickeln können.

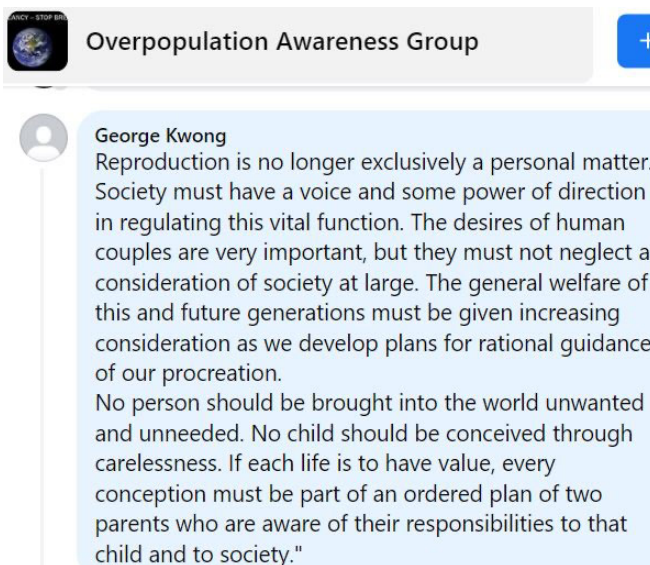
Russland stirbt aus, wenn es so weiter macht

Leider ist die Geburtenrate in Russland in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund veränderter Lebensumstände und abnehmendem Glauben an eine prosperierende Zukunft deutlich zurückgegangen, und die Sterblichkeit war schon vor dem Ukrainekrieg grösser als die Geburtenrate. Nun fallen im Ukrainekrieg auch noch viele junge Männer im reproduktionsfähigen Alter, viele andere sind aufgrund des Konfliktes ausgewandert. So verschlechtert sich die demografische Entwicklung merklich und überschattet selbst optimistische Zukunftsvisionen.

Die mag es zwar geben, falls die kriegerischen Aktivitäten aufgegeben werden sollten, falls man innovative Kräfte sich entfalten liesse, falls die Gelder des nationalen Wohlfahrtsfonds nicht weiter verschwendet würden und falls sich wieder mehr junge Familien formieren würden. Schliesslich wird das Bruttoinlandprodukt eines Landes wesentlich bestimmt von der Entwicklung der Bevölkerung und ihrer schöpferischen Leistungsfähigkeit.

Im Moment ist jedoch nicht einmal ein Waffenstillstand konkret absehbar. Dabei hat Russland seine materiellen und menschlichen Ressourcen in den vergangenen Monaten enorm strapaziert und einen solchen genau so dringend nötig, wie die Ukraine und der Rest der Welt.

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!

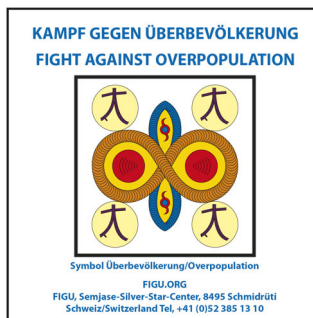


Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis

haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



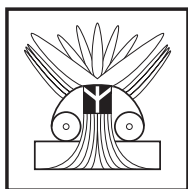
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrunen, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbolen umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbolen weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbolen bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbolen aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

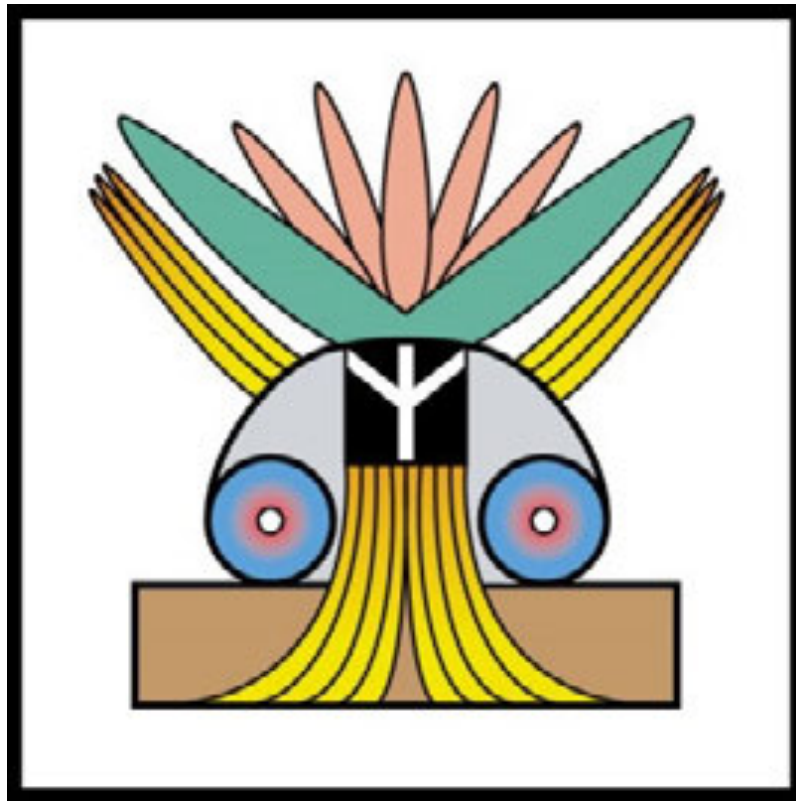
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

**AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MIP
PAIX
PAZ**

**EIPHNH
VREDE
平和
שלום
शांति
سلام
صلح**

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrunen>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Feinden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrunen> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrunen> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrunen>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM (Billy) Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41 (0)52 385 13 10, Fax +41 (0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org

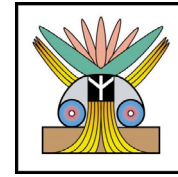


© FIGU 2024
Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Schöpfungsenergielehre-Symbol Frieden

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, (Freie Interessengemeinschaft Universell), Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz